

Wärter-Beitrag

Sonnabend/Sonntag, 2./3. November
11. Jahrgang Nummer 257

Verlag: 1000
Preis: 1000
Kriegsbeleg
1918
1919
1920
1921
1922
1923
1924
1925
1926
1927
1928
1929
1930
1931
1932
1933
1934
1935
1936
1937
1938
1939
1940
1941
1942
1943
1944
1945
1946
1947
1948
1949
1950
1951
1952
1953
1954
1955
1956
1957
1958
1959
1960
1961
1962
1963
1964
1965
1966
1967
1968
1969
1970
1971
1972
1973
1974
1975
1976
1977
1978
1979
1980
1981
1982
1983
1984
1985
1986
1987
1988
1989
1990
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2021
2022
2023
2024
2025
2026
2027
2028
2029
2030
2031
2032
2033
2034
2035
2036
2037
2038
2039
2040
2041
2042
2043
2044
2045
2046
2047
2048
2049
2050

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Verlag: 1000
Preis: 1000
Kriegsbeleg
1918
1919
1920
1921
1922
1923
1924
1925
1926
1927
1928
1929
1930
1931
1932
1933
1934
1935
1936
1937
1938
1939
1940
1941
1942
1943
1944
1945
1946
1947
1948
1949
1950
1951
1952
1953
1954
1955
1956
1957
1958
1959
1960
1961
1962
1963
1964
1965
1966
1967
1968
1969
1970
1971
1972
1973
1974
1975
1976
1977
1978
1979
1980
1981
1982
1983
1984
1985
1986
1987
1988
1989
1990
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2021
2022
2023
2024
2025
2026
2027
2028
2029
2030
2031
2032
2033
2034
2035
2036
2037
2038
2039
2040
2041
2042
2043
2044
2045
2046
2047
2048
2049
2050

SPD-Abgeordneter als Defraudant

Wegen Unterschlagung von Arbeitergeldern mit sechs Monaten Gefängnis bestraft —
trotzdem sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Niederschlesien



Otto Buchwitz

ein **Masterergonom**, der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und **„Führer“** der SPD in Niederschlesien

Es fügt sich gut, daß der 17. November vor der Tür steht. Die Parteien, die um die Stimmen der Massen feilschen, marschieren zwar getrennt, aber es gibt nur zwei Fronten. Auf der einen die geschlossene Front der Ausbeuter und Arbeiterverräter, der Kriegshetze und korrupten Truttkommiss, der anderen allein die der Unterdrückten, mit der kommunistischen Partei an der Spitze.

Zu den übelsten Gegnern unserer Partei zählt auch der „Arbeiter“, SPD-Reichstagsabgeordneter Otto Buchwitz, der die Wähler des Kreises Görlitz-Lauban vertritt. Er ist einer von den Burschen, die in den Versammlungen ihren Rabulistikmus in den Vordergrund stellen, immer betonend, von jeher auf dem „linken“ Flügel innerhalb der sozialdemokratischen Partei gestanden und somit in viel größerem Maße als die anderen die Interessen der Arbeiterschaft stets vertreten zu haben.

Wenn seine Gefinnungsfreunde in Berlin von ausgemachten Gaunern der Bourgeoisie Geschenke angenommen, an Festgelagen teilgenommen haben usw., nun

so hat dieser Otto Buchwitz kurz vor dem Kriegsausbruch Tausende von Mark an Arbeitergrochen unterschlagen. Buchwitz war 1918 Angestellter des Textilarbeiterverbandes in

Jahnsdorf bei Chemnitz und hat als solcher die gewaltige Geldsumme,

die zur Auszahlung von Sterbegeldern und für schwangere Frauen bestimmt waren, für sich verbraucht.

Diese Handlung brachte ihm sechs Monate Gefängnis ein, die er auch abgeessen hat.

Trotzdem war es ihm möglich, später in der SPD Niederschlesiens wieder Fuß zu fassen, denn der Krieg ließ über seine Verfehlungen Gras wachsen, und die wenigen Parteimitglieder, die seine Vergangenheit kannten, wurden seine Freunde und Schwiegen.

Über dennoch waren einige Arbeiter-Funktionäre vorhanden, die da glaubten, es mit ihrem proletarischen Gewissen nicht vereinbaren zu können, daß solch ein Mensch Führer ihrer Partei werden sollte. Sie verlangten daher 1920 vom Bezirksvorstand der SPD in Görlitz, daß er sich, wie Buchwitz selbst, zu der Angelegenheit äußern solle.

Buchwitz, der seinen Bezirksvorstand kannte, spielte den starken Mann. Er befahl dem traurigen Mut, die von ihm begangene Handlung einfach auf seine geschiedene Frau abzumäzen. Sie habe das Geld unterschlagen. Er aber habe sich für sie geopfert, d. h. die Tat auf sich genommen und die sechs Monate für seine Frau abgedrückt. Wer glaubt den Schwindel? Der Fall war für Bezirksvorstand und Funktionäre erledigt, die Mitglieder erfuhren nichts. Buchwitz flieg über die Dächer. Er wurde Gemeindevorstand, Mitglied des Kreistages, des Provinziallandtages, Parteifreier, Landtagsabgeordneter, seit 1924 Reichstagsabgeordneter und nunmehr vom Parteivorstand anerkannter kommunistischer Referent.

Über diesen Buchwitz schrieben seine Freunde von der „Görlitzer Volkszeitung“, die sein Vorleben kannten, anlässlich seines 60. Geburtstages am 27. April d. J. einen Glückwunschartikel, ohne natürlich seine Chemnitzer Tat zu erwähnen, dem wir nachstehende Anstimmelnung wörtlich entnehmen:

„... Das Interesse für die moderne Arbeiterbewegung und seine Rednergabe ließen ihn bald zu einem Sprecher des arbeitenden Volkes werden, der aus eigener Erfahrung die Noie der schaffenden Schichten aufzeigt, als überzeugter Sozialist Wege zur Besserung und endgültigen Beseitigung weist und für das sozialistische Ideal zu begeistern vermag. Alle, die wir unsere n Lieben, verehrten Otto kennen, wünschen heute, daß ihm noch viele Jahre in bester Gesundheit beschieden sein mögen, damit er seine Kraft und sein Wissen der Arbeiterbewegung, insonderheit aber der Partei und der Verbreitung und Vertiefung der sozialistischen Ideen weiter widmen kann. Wie ihm einst als Bergmann der schöne Gruß „Glückauf“ stets Weggetosse war, so rufen ihm heute mit uns die Genossen und Genossinnen in Görlitz und ganz Niederschlesien und darüber hinaus, wo

Genosse Buchwitz bekannt ist, aufrichtig zu: „Glückauf für das sechste Jahrzehnt.“

Arbeiter Niederschlesiens, heraus aus der Partei des Arbeiterbetrugers, der Korruption und des Arbeitermordes. Gebenkt am 17. November des „verehrten Otto“, der für die Annahme des Hungergesetzes im Reichstag gestimmt und mit dazu beigetragen hat, Hunderttausende Erwerbslose ihrer Unterstützung zu berauben, der Kinderpeinigungen bei den Wahlen 1918 versprochen und für Panzerkreuzer gestimmt hat, der in den nächsten Wochen mit seinen ehrenwerten Genossen dem schändlichen Ausnahmegesetz gegen die revolutionäre Arbeiterschaft zur Annahme verhelfen wird. Dieser Buchwitz ist keine Ausnahmeerscheinung, er gehört zu dem Typ der politisch und moralisch korrupten Führer der sozialfaschistischen SPD. Kein ehrlicher, Klassenbewußter Arbeiter kann der korrupten Partei des Sozialfaschismus am 17. November seine Stimme geben. Keine Gemeinschaft mit der Darmat-Sklarek-Buchwitz-Börgel-Partei darf der ehrliche Proletarier, die ehrliche Proletarierin haben. Ihr die Stimme geben, heißt sich zur Korruption, zum Arbeiterbetrug, zum Arbeitermord bekennen. — Proletarier, haltet Abrechnung mit den sozialfaschistischen Führern. Brandmarkt ihre Politik. Verlaßt die Partei.

Kämpft unter Führung der kommunistischen Partei für die Befreiung des Proletariats. Wählt am 17. November die kommunistische!

Wieder ein Bluturteil in Breslau

29 Monate Gefängnis gegen Arbeiterdemonstranten

Breslau, 2. November.

Die Breslauer Klassenjustiz hat, wie wir kürzlich berichtet haben, einen Nachfeldzug gegen die Arbeiterdemonstranten unternommen, die am 21. Juli d. J. anlässlich des Roten Frauentreffens demonstrieren, und deren „Verbrechen“ darin bestand, daß sie sich nicht von den Gummihäufeln der Schupo attackieren lassen wollten. Zwei Aufrührerprozesse sind eingeleitet worden. Der eine gegen die Demonstranten in der Rosentaler Straße, der andere gegen die Arbeiter, die sich am Nachmittag in der „Erholung“ befunden hatten, als die Polizei in das Lokal eindrang. Der letztgenannte Prozeß fand gestern vor dem erweiterten Schöffengericht statt. Wie leichtfertig die Anklage aufgebaut war, wird durch die Tatsache erhellt, daß auch der Arbeiter Reising angeklagt war, der durch zahlreiche Zeugen nachweisen konnte, daß er sich außerhalb des Lokals befunden hatte. Auch die Gefangenenerfreier, die ihm die Schupo andachten wollte, erwies sich als ein Phantasieprodukt überreizter Polizeibehörden, so daß sogar die Klassenrichter auf Freispruch erkennen mußten. Der Arbeiter Trede dagegen erhielt acht Monate Gefängnis, weil etliche Schupobeamten den Schwurfinger erhoben, und gesehen haben wollten, daß der Angeklagte mit einem Bierseidel gemorren haben sollte. Daß eine solche Feststellung bei dem Durcheinander absolut unmöglich war, weiß jeder Arbeiter, der die Vorgänge in der „Erholung“ mit eigenen Augen gesehen hatte. Frauen und Kinder flüchteten, als die Polizei eindrang, bei dem Tumult war es absolut unmöglich, mit Sicherheit eine Person festzustellen. Doch der Eid eines Schupos wiegt in der kapitalistischen Republik, ebenso wie zu Wilhelms Zeiten der Eid der Helmträger, zehn Arbeiterauslagen auf. Dem Arbeiter Görlitz wurde „Rädelsführerschaft“ angehängt. Er erhielt wegen „schweren Aufruhrs“ neun Monate Gefängnis. Der Arbeiter Janekli wurde zu der drakonischen Strafe von einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Auch dieses Klassenurteil kennzeichnet die Verschärfung des sozialfaschistischen Justiz und ist nur ein Glied in der Kette des Nachfeldzuges gegen die revolutionäre Arbeiterschaft.

Gegen keinen einzigen der Breslauer Schupoleute, die nachweislich am 21. Juli mehrlose Gefangene auf den Transportautos mit Gummihäufeln bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen haben, ist Anklage erhoben worden.

Doch die Arbeiter werden nur wegen des Verdachtes, sich gegen die eindringende Schupo gewehrt zu haben, zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt. Die Arbeiterschaft wird sich das Recht auf Demonstrationen und das Recht der Abwehr gegen die Prügelshupo durch kein Terrorurteil rauben lassen. Sie wird trotz Terrorurteile, trotz Gummihäufeln und Ausnahmegeetze unter Führung der kommunistischen Partei den Kampf gegen den Sozialfaschismus steigern.

Druckfehlerberichtigung

In dem gestrigen Spitzentitel über den Heimatschwachs in Stoderan hat sich ein fälschlicherweise Druckfehler eingeschlichen. Im vierten Absatz muß der letzte Satz lauten: „Das österreichische Proletariat, das sich in Stoderan wie auch an anderen Orten, trotz SPD, aufrafft, um die Faschisten im Betrieb und auf der Straße zu schlagen, steht vor entscheidenden Kämpfen.“

Böß in Not!



So, jetzt ist der Böß ja wieder in der Hauptstadt angekommen, Und man hat ihn am Gefieder Gleich mal richtig hochgenommen. „Pflui“-Konzert statt Ehrenporten. Gab's für'n Ober nebst Konsorten, Das Jackett für achtzig Mark. Schlotterte ums Rückenmark. Sklarek hat genau gebucht ... Ei verflucht!

Wo man hinspuckt, mästen Schieber Sich von unserm kargen Gelde — — Mit dem SPD-Buch, Lieber, Wird man Millionär in Bälde. Man braucht nur die Schnauze rühren Und den Herren was spendieren, Bürgermeister Schneider muß Revanchieren sich am Schluß, Und Herrn Böß rührt man das Herz Mit nem Nerz.

Rußland stellt die Gaunermeute An die Wand — — Hier ist man milde, Es winkt immer neue Beute Einer frechen Schiebergilde. Der Prolet muß es ja zahlen ... Denkt daran jetzt bei den Wahlen, Macht den Sklarek, Neefe, Böß Proletarisch den Prozeß! Gebt der Sippschaft einen Tritt! Weg damit!!

Kasimir Sublimier.

Warum die Beamtenbank zusammenbrach

Spekulationen — Geschäfte mit billigen Pruzen

Wodurch ist dieser neue Bankensammendruck entstanden? Der deutschpöhlische Prinz August zu Hohenzollern-Hechingen & S. brauchte Geld. Daraufhin ließ ihm die Beamtenbank bei Verpfändung einiger sehr wertvoller Gemälde Millionenbeträge. Die Bank ist jetzt auf diesen Gemälden fest. Der Verlust wird sich hier allein auf mindestens 1,3 Millionen Mark belaufen.

Seit diesen Monaten ist dem Vorstand die Stelle der Bank bereits bekannt. Auch die Deutsche Beamten-Zentralbank A. G., mit der vertraglich über eine Fusion verhandelt worden war, wußte seit einiger Zeit bereits von der Finanzlage der Deutschen Beamtenbank. Die höchsten Finanzkreise waren darüber informiert, aber den kleinen Beamten wurde alles verheimlicht. Warum? Damit jetzt am Monatsende über 16.000 Beamte (darunter 3.000 Schulpflichtige) in völliger Unwissenheit noch ihre Monatsgehälter der Beamtenbank überreichen können. Wenige Stunden, nachdem dies geschehen war, wurden die Kassen geschlossen!

Ist das nicht offener Betrug?

Unsere Klassenjustiz denkt aber anders. Kein einzelnes der „nationalen“ Vorstandsmitglieder und ihrer Hintermänner ist bisher verhaftet worden. Ihnen wurde reichlich Zeit gelassen, den letzten Rest

von dem Vermögen der zehntausende unteren Beamten noch beiseitezuschieben. Dieselben Vollzeitsbeamten, die von der Bank um ihr Gehalt und Vermögen begaunert worden sind, mußten jene Geschäfte und ihr Vermögen noch vor der Erklärung der Beamten, die sich zahlreich angesammelt hatten, schützen!

Die neue Bankstelle ist symptomatisch für die gegenwärtigen Verhältnisse in Deutschland. Wir erinnern nur an den Zusammenbruch der Frankfurter Versicherungs-Langens, der Rielers Bank usw., ebenfalls verursacht durch Spekulationsgeschäfte und Schließungen der Direktoren im persönlichen Interesse.

Die neue Massenausplünderung der unteren Beamten ist ein wahrer Kustalt zu dem auch von der Sozialdemokratie empfohlenen „Welt-Spartag“. Die zahlreichen (manuskriptlichen) Korruptionsaffären und die Neuverplünderung der unteren Beamten, des kleinen Mittelstandes usw. gehören ebenso wie die verschärfteste Ausbeutung der Arbeiterschaft zu dem faulen kapitalistischen System der Gegenwart und der sich abwickelnden Young-Diktatur in Deutschland. Die abermals betrogenen unteren Beamten müssen erkennen, daß der Ausweg für sie allein im revolutionären Klassenkampf, gemeinsam mit der Arbeiterschaft, gegen die Diktatur des Finanzkapitals unter Führung der kommunistischen Partei liegt.

Massenmörder Jörgiebel auf der Anklagebank

Verurteilungsverhandlung gegen die Redakteure der „Roten Sonne“

Berlin, 1. November.

Wesern fand im Kriminalgericht Berlin-Moabit der Verurteilungsprozess gegen das Urteil der 1. Instanz statt, in der die drei Redakteure der „Roten Sonne“, die Genossen Werner Hirsch, Albert Norden und Karl Schrader zu je 6000 Mark Geldstrafe verurteilt worden waren. Das Gericht fällt nach vielstündiger Verhandlung das Urteil auf Freispruch des Genossen Schrader, weil dieser zwar formell verantwortlich für die „Rote Sonne“ gewesen hatte, durch Krankheit aber von jeglicher Mitarbeit ausgeschlossen war. Die Genossen Hirsch und Norden wurden zu je 600 Mark Geldstrafe verurteilt. Vertreter für die Staatsanwaltschaft war Staatsanwalt Scheffstat Schönbach. In der Urteilsbegründung wird ausdrücklich festgestellt, daß die „Rote Sonne“ hja. deren verantwortliche Redakteure keineswegs für die blutigen Vorgänge nach dem 1. Mai verantwortlich gemacht werden können. Dadurch und durch die bedeutende Herabminderung des Strafmaßes ist die Wusthuld Jörgiebel an den 33 Maiopfern gerichtsnotorisch festgelegt. Damit hat selbst das bürgerliche Gericht unter dem vernichtenden Feuer der Anklagereden unserer Genossen festgestellt, daß die Opfer, die durch die Vollzeitsbeamten Jörgiebel, die in den Wäldern 33 Verkettete Berlin auf das Pflaster gestreut haben, fielen auf das Schuldlonto Jörgiebel und seiner Mörderpartei fallen, daß sie das Merkmal der bewußten Provokation der Sozialdemokratie sind. Nachmals wurden durch unsere Genossen vor dem Gericht die Ursachen, die zu dem Gemetzel durch die Soldateska von Jörgiebel führten, in vollem Umfange aufgedeckt, wodurch erstand das Bild des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Jörgiebel, wie es in die Herzen und Hirne von Millionen Arbeitern unverwundbar eingedrungen ist, das Bild eines mit kühlem Vorbedacht handelnden sozialdemokratischen Arbeiter-schlägters.

Ein Schnellzug überfährt sieben rumänische Streckenarbeiter

Ul. Berlin, 2. November. Berliner Blätter berichten aus Wien: Die aus Bukarest geladene Waggons, die der Schnellzug Konstantin in Bukarest bei der Station Brassi in eine Gruppe von Streckenarbeitern hineingefahren. Sechs Arbeiter wurden sofort getötet und einer ist schwer verletzt. Der Lokomotivführer hat das Unglück überhaupt nicht bemerkt. Erst als der D-Zug in Bukarest hielt, bemerkte man an der Lokomotive harte Blutspuren, worauf

man durch telegraphische Anfrage von dem Unglück Kenntnis erhielt. Die Streckenarbeiter dürften infolge dieses Verbrechens das Herankommen des Zuges nicht bemerkt haben.

Staatsstreik gegen das polnische Parlament

Berlin, 2. November.

Der Konflikt im Lager des polnischen Faschismus zwischen der Militärclique Pilsudski und den — nicht weniger faschistischen — aber sich mit den Offiziersgruppen um die Plätze an der Staatsklippe streitenden Mehrheitsparteien des polnischen Parlaments hat eine plötzliche Zuspitzung erfahren. Pilsudski hatte — mit der demonstrativen Wucht, seine Misachtung des Parlaments zu bezeugen — den Sejm auf den versammlungsmäßig letzten zulässigen Tag, den 31. Oktober, einberufen. Am Tage der Parlamentseröffnung besetzten nun über 100 bewaffnete Offiziere alle Eingänge des Sitzungssaales, offenbar mit der Absicht, bei der ersten kritischen Kundgebung gegen Pilsudski gewalttätig einzuschreiten und einen bewaffneten Terror gegen die Versammlung auszuüben. Pilsudski, der demonstrativ zu der Sitzung erschienen war, wargerte sich, als Kriegsminister den Offizieren den Befehl zum Verlassen des Hauses zu erteilen. Es kam zu einer Besprechung Pilsudski und des Parlamentsvorsitzenden mit dem Staatspräsidenten, der erklärte, nicht eingreifen zu können, worauf dem Parlamentspräsidenten nichts anderes übrig blieb, als zur Vermeidung eines Zusammenstoßes die Sitzung bis auf weiteres zu verlagern. Die Pilsudski-Presse tobt nun in den schärfsten Ausdrücken gegen die Parlamentarier, weil diese es abgelehnt hat, unter dem „Schutz“ der bewaffneten Offiziere zu tagen. Für den Tag des Wiederzusammentritts des Parlaments (voraussichtlich Montag) wird mit erneuten schweren Konflikten gerechnet.

Die Situation in Polen steht auf des Messers Schneide. In den Industriegebieten beginnt sich eine gewaltige Massenbewegung der Arbeiterschaft zu erheben. In allen Teilen des Landes gärt es. Unter diesen Umständen bedeutet der Konflikt im Lager der faschistischen Reaktion eine ungeheure Zuspitzung der Lage, eröffnet weitreichende Perspektiven für die Weiterentwicklung des Klassenkampfes. Die Nachricht von den Vorgängen im Parlament wurde von den Arbeitermassen der Warschauer Vorstädte mit höchster

Empörung und mit spontanen Demonstrationen (die durch die Polizei natürlich brutal zerstreut wurden) aufgenommen. Die Spannung ist so groß, daß die Regierung sogar die Extraausgaben der sozialdemokratischen und bürgerlichen Presse vorübergehend beschlagnahmte. Unter diesen Umständen, angesichts der zugefügten Lage inner- halb der faschistischen Reaktion und angesichts der wachsenden revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse ist es Pflicht der deutschen Arbeiter, mit höchster Aufmerksamkeit den Gang der Ereignisse in Polen zu verfolgen und sich zu tatkräftiger internationaler Solidarität für die polnische Revolution herbeizuhalten.

Letzte Nachrichten

Der Oberbürgermeister Böck hat sich unter dem Eindruck der Empörung der Berliner Bevölkerung über seine Skandal-Freundschaft genötigt gesehen, ein Disziplinargesuch gegen sich sowie seine Beurlaubung zu beantragen.

Zwischen Deutschland und Polen ist gestern in Warschau ein Vorvertrag unterzeichnet worden. Der Inhalt des Abkommens, das in seinen Einzelheiten auch jetzt noch nicht bekanntgegeben worden ist, soll dahin gehen, daß Polen auf weitere Aquilaktionen sowie auf die Geltendmachung des von ihm in Anspruch genommenen angeblichen Rechtes als Nachfolger der Anstaltungskommission verzichtet, während die deutsche Regierung von der Durchsetzung der Staatsansprüche absteht und sich mit den Ansprüchen erhebender Privatpersonen selbst auseinandersetzen soll.

In der Voruntersuchung wegen der Bombenattentate hat der Landgerichtsdirektor Masur auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Voruntersuchung gegen den Maler Werner Brandt aus Groß-Flottweil wegen Mitwisserschaft und Begünstigung des Alfred Rappengst bei seiner Flucht erlassen. Brandt ist festgenommen worden. Die Staatsanwaltschaft hat Erlass eines Haftbefehls gegen ihn beantragt.

Die Klassenjustiz wird dafür sorgen, daß auch dieser Faschist nach mehr oder minder kurzer Untersuchungshaft freigelassen wird.

Im Sächsischen Landtag kam es am Freitagnachmittag wegen der Behandlung der Vorlage über die Umfassung des Feiertagscharakters des 9. Novembers wiederum zu Lärmjahren. Der Lärm steigerte sich derart, daß der Präsident die Sitzung für geschlossen erklärte und den Saal verließ. Die Tribünen wurden geräumt.

Die Eintragungen für das Volksabgeordnetenbegehren nach dem Reichswahlgesetz bis zum 1. November 22 Uhr eingegangenen Meldungen 8.792.205 bel. 88.117.887 Wahlberechtigten. Die Beteiligung stellt sich nach dieser Berechnung auf 9,78 v. H. Es stehen noch einige Teilergebnisse aus.

Der Zentralkonkurs der Reichsbank ist für Sonnabend einberufen worden. Es wird mit einer Herabsetzung des Diskontsatzes von 7½ auf 7 v. H. gerechnet.

Der mit der französischen Kabinettsbildung beauftragte Minister Lardieu hat auch den Radikalsozialisten die Beteiligung an der Regierung angeboten.

Macdonald ist wieder in London eingetroffen. Am Dienstag werden grundsätzliche Erklärungen des Ministerpräsidenten über seine Verhandlungen in Washington erwartet.

Erdbeben in Bukarest

Ul. Bukarest, 2. November. Am Freitag, um 9 Uhr, wurde Bukarest von einem Erdbeben erschüttert, das 45 Sekunden dauerte. Es spielten sich in vielen Häusern, besonders in öffentlichen Gebäuden und Schulen furchtbare Panikszenen ab. Im Finanzministerium, im Landwirtschaftsministerium sowie in vielen Privathäusern entstanden in den Mauern tiefe Risse. Von dem Dach der katholischen Kathedrale stürzten zwei steinerne Figuren ab und töteten eine 65jährige Frau. Auch in den übrigen Städten Rumaniens wurde das Erdbeben verspürt.

„Der stille Don“

Copyright by Verlag für Literatur und Politik Berlin-Wien

Kosakenroman von Michael Scholochow

Prokofij stürzte ins Haus, doch schon im Vorraum wurde er eingeholt. Ein mächtiger Artillerist, der auf dem Epithetonen Puschka hörte, rief Prokofijs Kopf mit Wucht an die Wand und redete auf ihn ein:

„Brülle nicht, brülle nicht! Dir werden wir nichts antun. Wir wollen nur deine Frau ins Stab befördern. Es ist schon besser, sie zu erschlagen, als daß das ganze Vieh ausstirbt und das Dorf zugrunde geht. Du schwörst aber, sonst werde ich die Wand mit deinem Schädel einhauen!“

„Schweig deine verdamnte Hündin auf den Viehhof!“ johlte es vor der Hütte. Ein Regimentskamerad Prokofijs schlang das Haar der Ärtin um die eine Hand, mit der anderen kopfte er ihren Mund zu, den ein wilder Schrei weit aufgerissen hatte. Er schleppte sie reich laufend durch den Vorraum und schmiß sie vor die Füße der Waise. Prokofij rief sich von sechs Kosaken, die ihn hielten, los, wachte in die Stube und rief einen Esel von der Wand. Die Kosaken rannten, einander drängend und höhnend, aus der Hütte. Prokofij suchte mit dem Esel, der krumm und schief die Luft über seinem Kopf jerschnitt, und lief die Stufen hinunter. Die Waise zuckte zusammen und zerknirschte.

Vor der Scheune hatte Prokofij den schwer leuchtenden Puschka ein und hieb von rückwärts mit dem Esel mit solcher Wucht auf ihn ein, daß dessen Rücken von der Schulter bis zum Gesäß gehalten wurde. Die Kosaken rannten an dem Eselen vorbei in die Stube.

Eine halbe Stunde später näherte sich die unruhigen wieder-mutig gewordene Waise dem Hofe. Zwei Hundshofer kläfften zusammengelauert und leife in den Vorraum der Hütte. Auf der Schwelle der Stube lag, den Kopf ungeschickt zurückgeworfen, im Blut schollend, Prokofijs Frau. Puschka den unruhigen gefesselt, hingen eine zerfetzte Junge herum. Prokofij wußte einen rötlich-schleimigen, wimmernden Klumpen — ein frühgeborenes Kind — in seinen Schapsack. Sein Kopf zitterte, sein Blick war starr und ausdruckslos.

Prokofijs Frau fand noch am Abend desselben Tages. Das früh-

geborene Kind nahm die mitleidige Großmutter, Prokofijs Mutter, zu sich.

Man legte den Säugling in heiße Späne, nährte ihn mit Stutenmilch und trug ihn, nachdem man sich überzeugt hatte, daß dieser bunke, türkische Knabe lebensfähig sei, in die Kirche, wo er getauft wurde. Man nannte ihn nach seinem Großvater Pantelej.

Nach zwölf Jahren lehrte Prokofij aus dem Zuchthaus zurück. Mit seinem kurzgeschorenen, rötlichen, leicht ergaunten Bart und der russischen Kleidung sah er fremd und nicht wie ein Kosak aus. Er nahm den Sohn zu sich und begann sich wieder mit seiner Wirtschaft zu beschäftigen.

Pantelej wuchs heran, war ein dunkelhäutiger Tollkopf, das Gesicht und die schlanke Gestalt hatte er von seiner Mutter. Prokofij verheiratete ihn mit einem Kosakenmädchen, einer Raubbarstochter.

Von da an kreuzte sich sein türkisches Blut mit Kosakenblut, und von hier aus wuchsen auch in diesem Dorf die halensagenen, wildschönen Kosaken Mädchen, die „Lärken“ genannt wurden.

Als Pantelej seinen Vater begabten hatte, fraß er sich mit ganzer Kraft in die Wirtschaft hinein. Er ließ das Dach frisch beden, kaufte ein halbes Joch Brachfeld, baute neue Speicher und eine Scheune mit einem Viehhof. Der Dachdecker schnitt aus dem Weid des Viehes Hähne und befestigte sie auf den Dächern. Diese Hähne gaben mit ihrem sorglos-übermütigen Aussehen dem Melleschowschen Hofe ein fröhliches, gerades, maßloses, selbstzufriedenes Gepräge.

Pantelej wurde in seinen abwärts gleitenden Jahren schwerfällig, er ging in die Breite, sein Rücken krümmte sich etwas, doch sah er immer noch patulig aus. Er hatte (zu der Jugend hatte er während eines Wanders das linke Bein getroffen) und trug im linken Ohr einen silbernen, halbmondförmigen Ohrring. Bis ins späteste Alter blieb sein rötlich-schwarzer Bart nicht, Pantelej braute leicht auf und war im Jora wild und hemmungslos. Das war augenscheinlich der Grund, weshalb seine einstmalige schöne, jetzt aber mit einem Reiz von Runzeln bedeckte, blonde Frau vorzeitig gealtert war.

Sein ältester, schon verheirateter Sohn Piotr errierte an die Mutter: er war nicht groß, seine Schaptsacke kroche tief in die Höhe, sein lüppiges Haar hatte die Farbe roter Korak, die Augen waren hellblau. Der jüngere, Grigorij, ähnelte seinem Vater. Er war um einen halben Kopf größer als Piotr, sechs Jahre jünger als er, hatte dieselbe Habitusweise wie der Alte, etwas geschliffte, mandelförmige, glänzende Augen, bräunlich-rote Haut überzog Kraß die scharfen

Wadenknochen. Grigorij hielt sich genau wie sein Vater etwas gebückt, und sogar im Lächeln hatten sie beide etwas Gemeinames: etwas Tierisches.

Dunjaschka — die Jüngste, der Liebling des Vaters — ein junges Mädchen mit überlangen Armen und großen Augen; Darja, Piotrs Frau, und ihr kleines Kind, das war die ganze Melleschowsche Familie.

II.

Im grauen, morgendämmernden Himmel wogten die Sterne. Unter den Wolken ging ein Wind. Ueber dem Don häumte sich der Nebel, schmiegte sich an den Abhang des Kreiberges, kroch wie eine topflose Schlange die steilen Bergwände hinauf. Das linke Ufer, der Sand, das undurchdringliche Schilf, der taubedeckte Wald loberten im kalten Morgenrot. Am Horizont schmachtete die noch nicht aufgehende Sonne.

In der Melleschowschen Hütte rief sich Pantelej Prokofjewitsch als erster aus dem Schlaf. Er trat auf die Stufen vor der Türe, knöpfte sich dabei den Kragen seines mit Kreuzstichen bestickten Hemdes zu. Der grasbewachsene Hof war mit Tauflüßchen bedeckt. Pantelej Prokofjewitsch ließ das Vieh heraus. Darja lief im Unterrod die Kühe melken. Der Tau spritzte auf ihre weichen, nackten Breden. Ueber den ganzen Viehhof zogen sich ihre Fußspuren durch das geländete Grün. Pantelej Prokofjewitsch beobachtete, wie das Gras, von Darja niedergetreter, sich langsam wieder erhob und sich gerade bog, und lehrte wieder in die gute Stube zurück. Auf dem Fensterbrett des geöffneten Fensters kräuselten sich tobblasse, wellende Blütenblätter eines Kirichbaumes, der im Vorgarten blühte. Grigorij schlief, auf dem Rücken liegend, den einen Arm weit von sich gestreckt.

„Grigorij, kommst du mit mir anheim?“

„Was willst du“, fragte Grigorij flüsternd und ließ seine Beine aus dem Bett baumeln.

„Komm, gehen wir.“

Grigorij nahm schnaufend seine Arbeitshose vom Haken, zog sie an, steckte sie in die weißen Wollstrümpfe und brauchte lange, um die Stiefel über die Füße zu ziehen.

„Hat die Mutter die Kochreife getocht?“ fragte er und glug mit dem Vater in den Vorraum.

„Ja. Geh zum Boot. Ich komme gleich.“

(Fortsetzung folgt.)

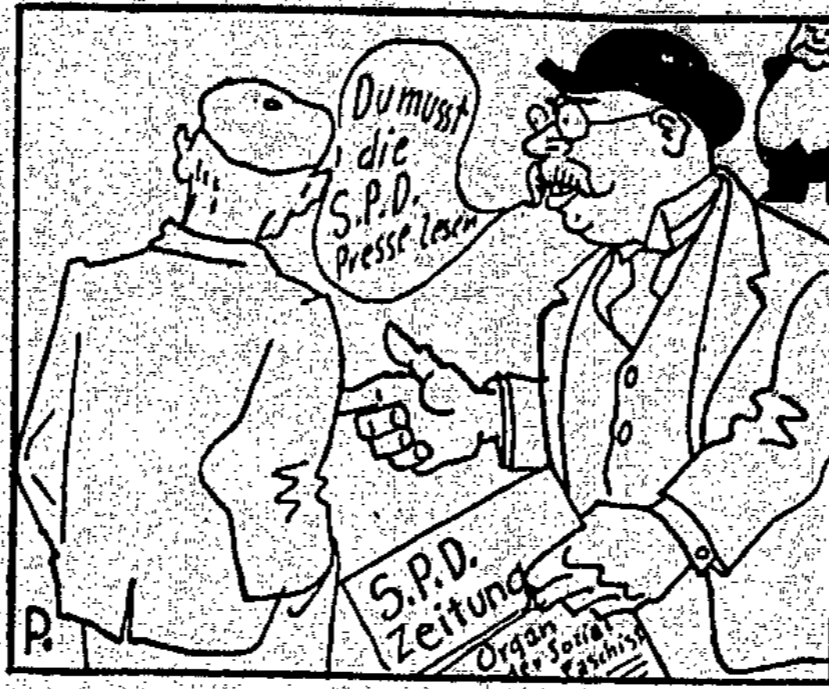
Verantwortlich für Inhalt und Belangen Alfred Thomas, Breslau; für Bildbearbeitung und Belangen: Betrieb und Gemeinwesen Wilhelm Bielewicz, Breslau; für Übersetzungen Gerhard Schulz, Gletwitz.

Hinaus mit der Giftpresse!

Bestelle die „Arbeiter-Zeitung“, werde Mitglied der Kommunistischen Partei!



Die Generalanzeiger-Presse
Vertritt des Geldsacks Interesse.
Da wird vertuscht bei Wirts und Cohn,
Daß dir der Schädel brummt davon.



Prolet, laß dich nicht überlisten
Vom Blatt der Sozialfaschisten!
Denk' an die rote Noske-Brut,
Wenn locken darf, Koltz, Wendemuth.



Arbeitsmann! für dein Interesse
Kämpf nur die Kommunisten-Presse.
Werktätiger in Land und Stadt:
„Arbeiter-Zeitung“ heißt dein Blatt!

Die Forderungen der Kommunisten:

Kampf gegen Wohnungsnot und Wohnungselend

Zur Beseitigung der Wohnungsnot werden nach Errichtung der proletarischen Diktatur, die von den Kommunisten mit allen Mitteln angestrebt wird, sofort folgende Maßnahmen für die werktätige Bevölkerung durchgeführt:

1. Entschädigungslose Enteignung des großen Hausbesitzes, des Baugeländes und der Baustoffbetriebe.
2. Beschlagnahme der Großwohnungen der Bourgeoisie, und Austeilung dieser Wohnungen nach sozialen Gesichtspunkten an die werktätige Bevölkerung.
3. Freisetzung der Miete — unabhängig vom Raumbedarf — nach sozialen Gesichtspunkten, lediglich zur Deckung der Instandhaltungs- und Betriebskosten der Hausgrundstücke.
4. Uebertragung der Verwaltung der enteigneten Hausgrundstücke auf die Gemeinden oder kommunalen Mietergenossenschaften.
5. Schaffung von besonderen Fonds zur Sicherung der Instandhaltung der Hausgrundstücke mit niedrigem Mietaufkommen.
6. Aufstellung und Durchführung eines umfassenden Wohnungsbauprogramms.
7. Uebernahme des gesamten Wohnungsbaus als Staats- und Gemeindeaufgabe, unter Mitwirkung von Mieter- und Arbeitergenossenschaften.

Im kapitalistischen Staat kämpfen die Kommunisten um folgende Mieter- und wohnungspolitischen Tagesforderungen:

1. Großzügige Bekämpfung der Wohnungsnot und des Wohnungselends durch planmäßigen Wohnungsneubau auf Kosten der großen Vermögen und Einkommen.
2. Herstellung von genügend gesunden großen wie hygienisch einwandfreien Arbeiterwohnungen durch die Kommunen in eigener Regie.
3. Bereitstellung von Reichs- und Staatsmitteln für den kommunalen Wohnungsneubau durch Streichung arbeiterfeindlicher Ausgaben; Einführung von besonderen Besitzsteuern (Wohnungszugangssteuer usw.) zur Förderung des Arbeiterwohnungsbaus.
4. Keine Abgabe von städtischem Grund und Boden an Privatkapital; Enteignung des notwendigen Bau- und Siedlungsgeländes; Kommunalisierung der Baustoffbetriebe zur Beseitigung des Boden- und Baustoffwuchers.
5. Vollständige Beseitigung der Hauszinssteuer und entsprechende Senkung der Mieten.

6. Solange die Hauszinssteuer besteht, Herabsetzung der Mieten auf 100 Prozent der Friedensmiete; Senkung der Neubaumieten auf den Friedensmietstand der Altbauwohnungen und reiflose Verwendung der Hauszinssteuererträge für den Arbeiterwohnungsbau.
7. Aufrechterhaltung des Mietersehns, Wohnungsmangel- und Reichsmietengesetzes, sowie deren Ausbau zu einem wirklichen sozialen Miet- und Wohnrecht.
8. Schaffung einer wirksamen Wohnungsaufsicht und -pflege durch die Kommunen; Wahl der Wohnungspfleger aus den Kreisen der Arbeitermieter.

Allerdings Clou: Der Verwaltungskostenbeitrag

Ein harmloses Wort für eine neue große Steuerbelastung der werktätigen Massen!

Der „Verwaltungskostenbeitrag“ ist eine kommunale Einkommensteuer, die bis zum 1. April 1930 neu eingeführt werden soll, und zwar in der unsozialsten Form als Kopfsteuer. Das heißt, jeder Einwohner, ganz gleich, ob arm oder reich, soll den gleichen Kopfbeitrag von etwa 36 Mark zahlen. Auch diejenigen, die nicht einmal das steuerfreie Existenzminimum von 1200 Mark im Jahre verdienen, sollen diese Steuer zahlen.

Im Preussischen Landtag liegen bereits seit dem Sommer Anträge der Volkspartei und der Deutschnationalen vor, die eine Einführung des Verwaltungskostenbeitrages fordern. In den öffentlichen Steuerplänen des sozialdemokratischen Finanzministers Hilferding ist die Einführung des Verwaltungskostenbeitrages vorgesehen.

Von den Rationalsozialisten bis zur Sozialdemokratie ist alles dafür!

Nur die Kommunistische Partei kämpft dagegen!

Nur unter Führung der KPD. kann der Kampf gegen diese schändlichen Steuerpläne geführt werden!

Wählt am 17. Nov. die Liste der KPD.!

Die Antwort der KPD. auf die Ereignisse in Stoderau

Die Heimwehr hält Stoderau noch besetzt. Die „rote Fahne“ gab anlässlich der Ereignisse von Stoderau eine Extraausgabe heraus, in der sie feststellt, daß der Marsch der Heimwehr auf Stoderau der Auftakt zur Errichtung der faschistischen Diktatur ist. Sie ruft die Arbeiter auf, auf der Straße gegen den Faschismus zu demonstrieren, sofort in den politischen Massenstreik zu treten, die Faschisten zu entwaffnen, sich selbst zu bewaffnen und Arbeiterräte zu bilden. Der Staatsanwalt hat die Extraausgabe der „roten Fahne“ sofort wegen Hochverrats beschlagnahmen lassen.

Für morgen Nachmittag sind von der KPD. zwei öffentliche Massenkundgebungen gegen den Heimwehrlüberfall einberufen worden.

Arbeiterdemonstration beim Begräbnis Alexander Löwys

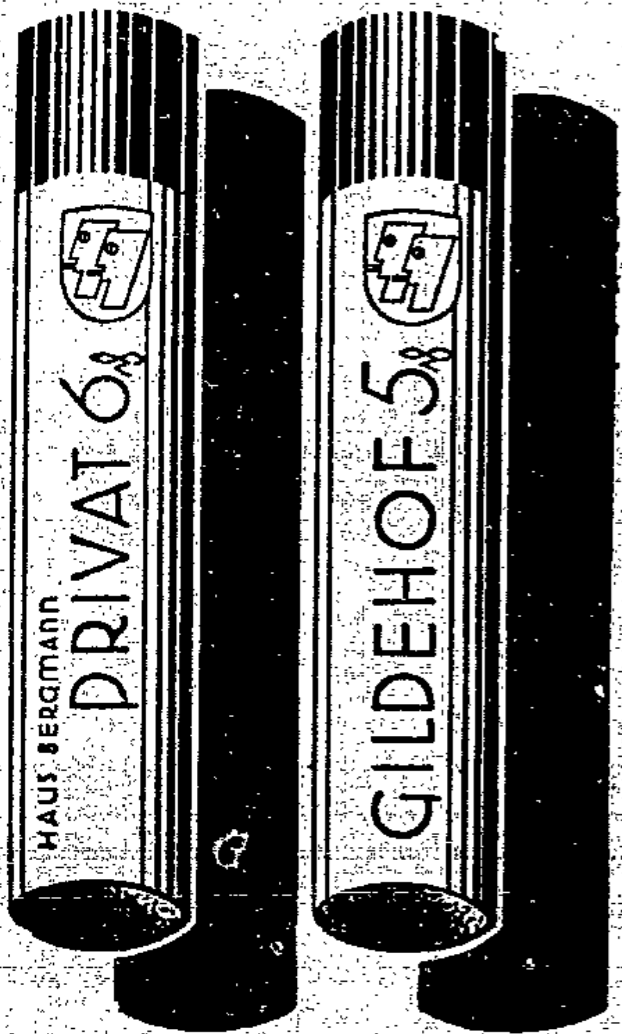
Wien, 1. November.

Aus Budapest wird gemeldet:
Gestern fand in Bacz das Begräbnis des im Gefängnis zu Tode gefolterten Genossen Alexander Löwy statt. Obwohl der Zeitpunkt des Begräbnisses streng geheimgehalten wurde, hatten sich auf dem Friedhof zahlreiche Arbeiter eingefunden, die das Grab mit roten Blumen geschmückt hatten und der Empörung der revolutionären ungarischen Arbeiterschaft über den gemeinen Mord an Genossen Löwy Ausdruck gaben. Das Begräbnis fand unter großer Gendarmerepression statt. Als die Arbeiter den Friedhof verließen, nahmen die Gendarmen 28 Verhaftungen vor. Die Verhafteten wurden unverzüglich nach Budapest der politischen Polizei eingeliefert, welche — wie die bürgerliche Presse meldet — „untersuchen wird, ob sich nicht unter den Teilnehmern Initiatoren des Hungerstreiks befinden“.

Eine kritische Stimme über das Sicherheitsgefühl Mussolinis

Der Mussolini im allgemeinen durchaus wohlgestimmte Pariser „Temps“ schreibt am Schluß von Bemerkungen zum siebenjährigen Bestande des faschistischen Regimes folgendes:

„Mussolini hat von den unversöhnlichen Gegnern des Regimes gesagt, daß die Faschisten falsch gehandelt hätten, sie in den Oktobertagen 1922 nicht hinzurichten. Dies sind nicht eben Worte einer Befriedung, und dieser Bornesfreiheit überrascht ein wenig bei einem Regierungsoberhaupt, das absolut Herr der Stunde und seiner Macht sicher ist.“



ALLEN VORAN

Diese wundermilden Qualitätszigaretten sonniger macedonischer und türkischer Tabakkultur erleuchten Ihren Weg. Es sind wahre Lichtblicke im Dasein.

Haus Bergmann Zigarettenfabrik A-G / Dresden



Der Frauenmord von St. Maur

Die Leiche im Koffer / Pariser Verbrechergeheimnisse

Der Vortritt der französischen Kriminalpolizei ist eine Tatsache, die sich von Woche zu Woche immer mehr offenbart. Eine ganze Reihe grausamer Verbrechen hat keine Auflösung gefunden, und die Zahl der abscheulichsten Mordtaten, die gewöhnlich von wirtschaftlich und sozial besser gestellten Menschen begangen werden, nimmt von Tag zu Tag zu. Wie auch in den übrigen europäischen Ländern, steht die Polizei ihre Hauptaufgabe in der Bekämpfung der revolutionären Arbeiterbewegung; ihre Leute arbeiten „täglich“, wenn sie mit Streikaktionen oder anderen Arbeiterorganisationen zu tun haben. Wenn es sich aber um kriminelle Verbrechen handelt, dann verläßt die französische Polizei. Die jüngsten Mordgeschichten beweisen das zur Genüge.

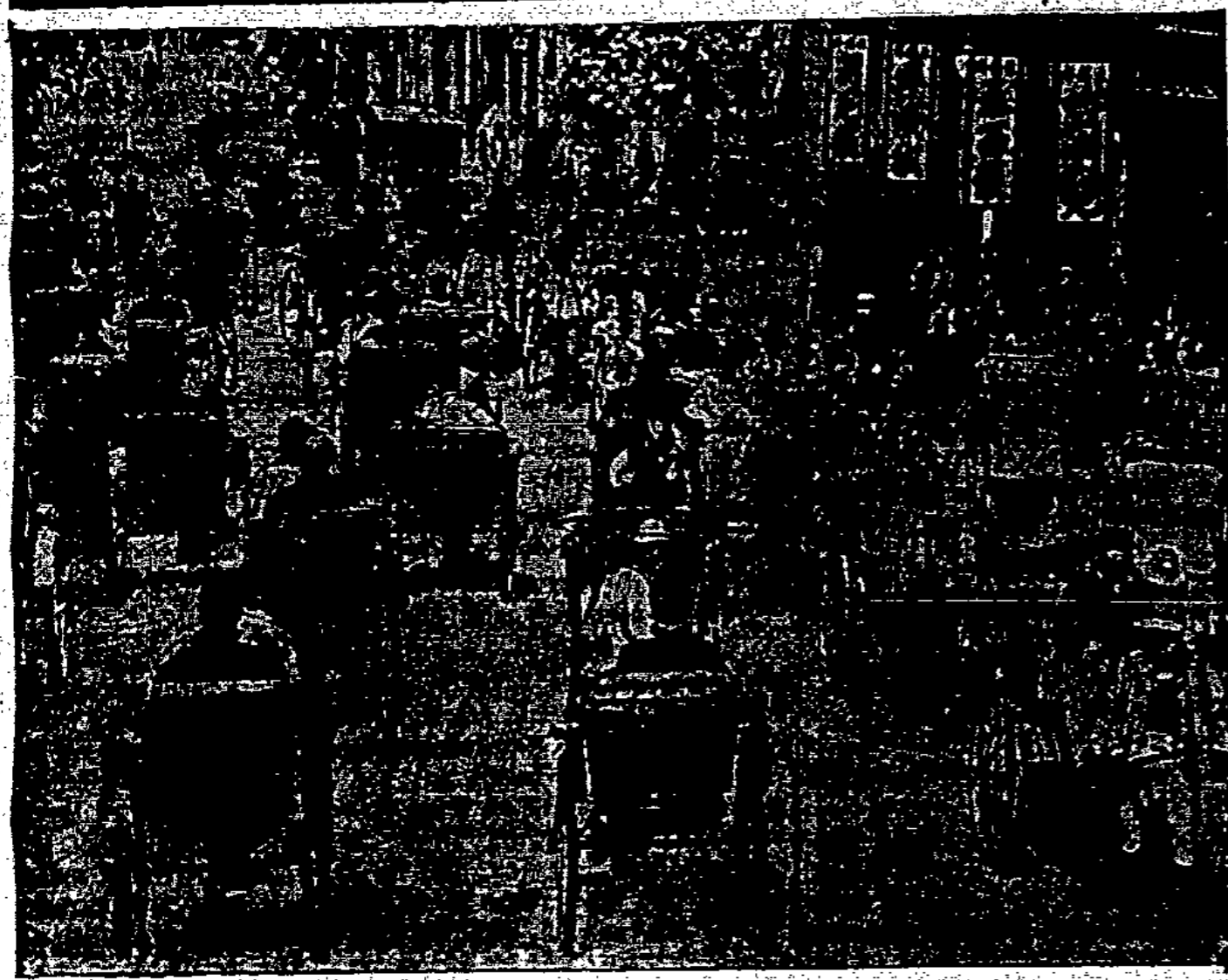
In der Pariser Vorstadt St. Maur wurde im Frühjahr die verblutete Leiche einer jungen Frau aus der Marne gefischt. Durch ihre Untersuchungen konnte die Polizei nichts Näheres über die Persönlichkeit der Ermordeten erfahren. Nach einem Monat meldete sich eine Frau, die eine Villa am Marneufer besitzt, und erzählte, daß sie vor einigen Wochen nachts durch die Türschwelle einer Frau aus dem Schlafe geweckt worden sei.

der Schnellbayer Almasoff, dessen Frau die Geliebte Rigaudins war, verhaftet, aber für seine Schuld ist nicht der mindeste Beweis erbracht.

Drachensteigen bei der Reichswehr

Nicht bei Berlin liegt der große Truppenübungsplatz Döberitz, wohl einer der schlimmsten „Schleifsteine“ der Vorkriegszeit. Seine Glanzzeit erlebte dieser Platz während des Krieges, als hier manchmal mehrere Regimenter versammelt waren, die für den Selbstmord gedrillt wurden. Dann wurde es still, bis Döberitz durch den Rapp-Kutsch wieder einmal berühmt wurde. Von hier aus kamen die Truppen und Freikorps unter Rittwigs Führung und trafen Ludendorff als harmlosen Spaziergänger am Brandenburger Tor.

Jetzt dient der ganze große Geländekomplex der Reichswehr als Übungs- und Schießplatz. Genau wie damals stehen die Baracken in strengen Reihen, die Lagerstraßen haben



Rikschahs in den Straßen einer chinesischen Stadt

In Peking kam es anläßlich einer kommunistischen Demonstration zu schweren Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und der Polizei. Tausende von Rikschakulis eilten den bedrängten Demonstranten zu Hilfe.

Nach später meldete sich bei der Polizei ein Herr mit der Angabe, daß er an seinem Boot, das am Marneufer liegt, Blutfede festgestellt habe. Die Polizei hat im Zuge ihrer Untersuchung

das geheimnisvolle Verschwinden von ein Duzend Leuten festgestellt, hat ein halbes Duzend Menschen verhaftet, die sie dann wieder freilassen mußte, und weiß heute noch nicht, wer die Ermordeten war.

Das zweite Rätsel, das seiner Aufklärung harret, ist der Fall der Madams Blanc und ihres Sohnes. Die Witwe Blanc, eine ältere Frau, wurde im Vorjahr, nachdem sie den Besuch eines jungen Mannes empfangen hatte, in ihrer Wohnung am helllichten Tage ermordet aufgefunden. Nichts deutete auf einen Mord aus Habgier oder sexuellen Motiven. Der junge Mann wurde nicht gefunden, und die Geschichte wäre in Vergessenheit geraten, wenn sie nicht im August dieses Jahres ein entsetzliches Mordspiel gehabt hätte.

In der Vorderabte des Bahnhofes von Lille erregte ein aus Paris expedierter Kofferlock dadurch die Aufmerksamkeit der Beamten, daß aus dem Korb Blut tropfte. Als man den Korb öffnete, fand man darin die Leiche eines jungen Mannes, die nach einigen Tagen als die des Pariser Buchhalters Ringaudin festgestellt wurde. Ringaudin war der Sohn aus erster Ehe der vor einem Jahr auf so rätselhafte Weise ermordeten Witwe Blanc. Zu Duzenden meldeten sich Chauffeurs bei der Polizei, die einen ähnlichen Reiseort nach dem Nordbahnhof befordern wollten. Aber nichts wurde aufgestellt, weder, ob ein Zusammenhang zwischen der Ermordung der Witwe Blanc und ihres Sohnes bestand, noch auch irgendeine Spur des Mörders Ringaudins. In den letzten Tagen wurde ein russischer Emigrant,

immer noch die Namen sämtlicher abgestorbenen deutschen Dynastien und verstorbenen Generale. Daß

die Hauptstraße des Lagers „Kaiser-Wilhelm-Straße“ heißt, ist bei unserer Reichswehr wohl selbstverständlich. Richtig ausgenutzt wird der Platz wohl nur einige Wochen im Sommer, wenn größere Truppenteile hier üben. Augenblicklich liegen nur wenige Soldaten in den Baracken und lassen sich gut sein.

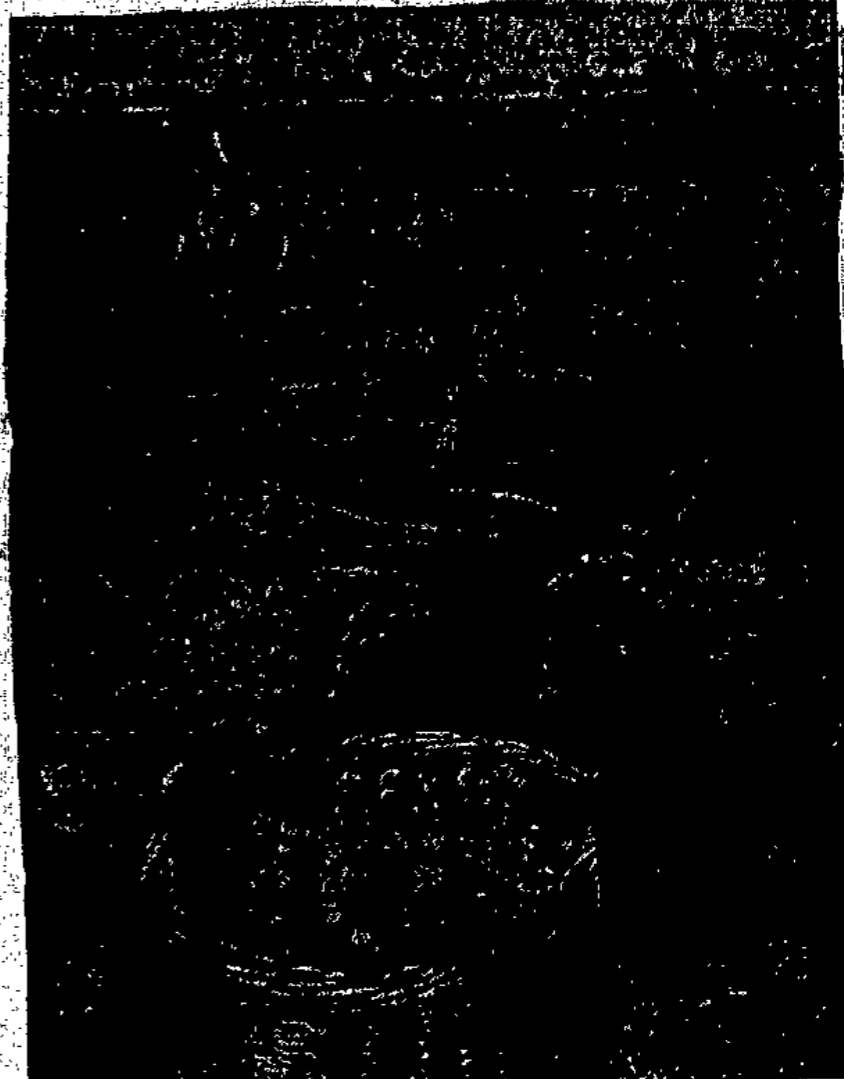
Geht man durch das Lager, was man mit einem bei der Kommandantur erhältlichen Ausweis ohne weiteres tun kann, so sieht man, wie dienstfreie Soldaten sich auf ihre Weise vergnügen. Sie laufen in ganz und gar nicht militärischer Aufmachung umher, tragen Wolljacken und manchmal sogar Filzlatschen,

lassen vergnügt einen Drachen steigen

und amüsieren sich. Wer von ihnen nur Urlaub ergattern konnte, ist in die Stadt gefahren, um der trostlosen Einöde des Lagers zu entfliehen. Zwar hat man in Döberitz auch ein Soldatenheim, sogar mit einem Kinosaal, doch wir kennen ja alle die ganz und gar nicht lockende Lebendigkeit dieser Darbietungen.

Für den das Lager besuchenden Fremden besonders auffällig ist die Tatsache, daß die Reichswehr selbst das Lager nicht militärisch bewacht, sondern daß

am Eingang Beamte der Wach- und Schließgesellschaft stehen, die den Wachdienst üben. Warum das so ist, läßt sich nur schwer erraten. Will die Reichswehr ihre Soldaten nicht dazu hergeben? Da in der Reichswehr fast jeder dritte Mann ein Unteroffizier ist, fehlt es vielfach an Mannschaften. Sei dem wie es auch sei, eine merkwürdige Truppe ist es jedenfalls, die sich von der Wach-



Kartoffelernte.

Die Kartoffeln, die in vielen Gegenden Deutschlands fast die einzige Nahrung breiter Bevölkerungsschichten bilden, sind zum großen Teil schon hereingebracht. Trotz der reichlichen Ernte dieses Jahres ist den Hunderttausenden von Erwerbslosen jedoch jede Möglichkeit genommen, sich einen auch nur bescheidenen Wintervorrat einzukellern.

und Schließgesellschaft bewachen läßt. Ebenso fällt auf, daß die in der Monarchie übliche gemeinsame Kantine für Unteroffiziere und Mannschaften heute, also in der freiesten Republik der Welt, getrennt worden ist. Ein offener Rückschritt also, der ein bemerkenswertes Licht auf verantwortliche Kommandostellen wirft.

Ist es überhaupt notwendig, daß so ein Riesengelände brach liegt, nur um einigen Soldaten in der schönen Sommerszeit Gelegenheit zu geben, lässiger in die Luft zu schmeißen? Man komme nicht mit dem Einwand, der Boden sei so minderwertig. Das heute in Grund und Boden zerstörte Döberitz hat doch früher seine Bewohner ernähren können und würde es sicher auch jetzt tun. Und die Lagerbaracken könnten, wie das beispielsweise auf dem Bahner Schießplatz bei Köln geschehen ist, für große Ferienlager der Schulkinder bereitgestellt werden. Die Einrichtung ließe sich mit ganz geringen Kosten bewerkstelligen, und diese Gelder wären besser angewendet, als sie es jetzt sind, wo gesunde starke Männer sich für unser Geld das Vergnügen machen, Drachen steigen zu lassen.

Lindbergh als Archäologe

Wie aus Newport gemeldet wird, überflieg Oberst Lindbergh dieser Tage mit einem großen Wasserflugzeug, an dessen Bord sich außer seiner Frau einige Gelehrte und Photographen befanden, die waldreichen Bezirke der auf der Nordseite von Mittelamerika vorspringenden Halbinsel Yucatan, ein Gelände, das seit Jahrhunderten zu großen Teilen unerforscht geblieben ist. Während einer dieser Erkundungsausflüge schickten die Beobachter im Okzident versteckte Ruinen, die bis zur Stunde unbekannt geblieben sind, und die sich als Reste eines riesigen Tempels oder einer zerstörten Stadt zu erkennen gaben.

Lindbergh ging möglichst tief herunter, um seiner Frau Gelegenheit zu geben, photographische Aufnahmen zu machen. Ermutigt durch die überraschende Entdeckung beschloß der Flieger, in Yucatan selbst niederzugehen. Nach verschiedenen Erkundungsfügen landete er auf einem kleinen See in der Nähe der Trümmerstätte, die von dort aus besucht wurde. Die Ruinen scheinen die einer alten Stadt zu sein. Das lebhafteste Interesse der Forscher erregten besonders die großen Mauern, die zu einem Tempel von rund 25 Meter Höhe gehören.

Telegramme übers Meer

Die Radioverbindung zwischen Deutschland und den auf See befindlichen deutschen Schiffen vermittelt die Hauptfunkstation Norddeich. Alle telephonischen oder telegraphischen Meldungen werden dort gesammelt und per Radio an die Schiffe weitergegeben und umgekehrt besorgt Norddeich die Übermittlung der Radionachrichten an alle Städte Deutschlands.

Die Zahl der ausgegebenen und aufgenommenen Meldungen war von 1926 zu 1927 um 33,3 Prozent gestiegen. Der Verkehr der 34 Küstenfunkstationen, die den Nahverkehr vermitteln, hat ebenfalls einen größeren Umfang angenommen.



Links:

Ein monarchistisches Antiquitätenkabinett riesigen Ausmaßes ist das bayerische Armeeministerium in München, das in diesen Tagen die Feier seines 50jährigen Bestehens beging.

Rechts:

Der vielgenannte „Falke“, jener in der letzten Zeit vielgenannte deutsche Dampfer, der von venezolanischen Rebellen gechartert worden war und in den mißglückten Putschversuch eine aufsehenerregende Rolle spielte.



Die Kandidaten der Kommunistischen Partei im Kreise Waldenburg

Wien listet deine Stimme!

Die Kommunistische Partei hat im Kreise Waldenburg in 22 Gemeinden Kandidaten zur Wahl am 17. November aufgestellt...

Kreisstag Waldenburg:

- 1. Richard Schulz, Parteisekretär, Dittersbach; 2. Karl Honsch, Bergbauer, Weikstein; 3. Frieda Franz, Weberin, Wittenberg...

Stadtparlament Waldenburg:

- 1. Josef Wälgler, Vorzeelanarbeiter; 2. Fritz Franz, Monteur; 3. August Habel, Vorzeelanarbeiter; 4. Emil Dite, Hausfrau...

Gemeindevertretung Dittersbach:

- 1. Richard Schulz, Parteisekretär; 2. Karl Becker, Schmied; 3. Frieda Fuß, Textilarbeiterin; 4. Wilhelm Duzel, Schlosser...

Stadtparlament Gottesberg:

- 1. August Ulrich, Bergbauer; 2. Heinrich Grammel, Maurer; 3. Julius Müller, Bergbauer; 4. Richard Jochemann, Bauarbeiter...

Gemeindeparlament Nieder-Salzdamm:

- 1. Emil Großer, Maurer; 2. Josef Wartsch, Bauarbeiter; 3. Martha Grub, Hausfrau; 4. Josef Spittler, Arbeiter...

Gemeindeparlament Rehwasser:

- 1. Alfred Hanisch, Bergbauer; 2. Paul Döllner, Vorzeelanarbeiter; 3. Arthur Prossig, Bergmann; 4. Paul Bruchmann, Schmied...

Gemeindeparlament Görbersdorf:

- 1. Alfred Bratke, Bergmann; 2. Wilhelm Weich, Gemeindevorsteher.

Gemeindeparlament Neuhendorf:

- 1. Gustav Haase, Schmied; 2. Fritz Reichner, Bauarbeiter; 3. Oswald Schiller, Rentner; 4. Hermann Ehrhardt, Bauarbeiter...

Gemeindeparlament Weikstein:

- 1. Karl Honsch, Bergbauer; 2. Konrad Neumann, Schmied; 3. Paul Wisnuba, Bauarbeiter; 4. Richard Schuber, Bobenarbeiter...

Gemeindeparlament Seitendorf:

- 1. Paul Franke, Schlosser; 2. Karl Haake, Postkoffer; 3. Amalie Freitag, Hausfrau; 4. Paul Ullrich, Bergmann; 5. Paul Haake, Bauarbeiter.

Stadtparlament Friedland:

- 1. Gustav Pasler, Bauarbeiter; 2. Karl Branner, Textilarbeiter; 3. Richard Köpffert, Krankenwärter; 4. Oskar Hoffmann, Schlosser; 5. Emilie Pasler, Textilarbeiterin.

Gemeindeparlament Hausdorf:

- 1. Hermann Weigel, Arbeiter; 2. Paul Freudenberg, Bergarbeiter; 3. Josef Gumpert, Bergarbeiter.

Gemeindeparlament Harsdorf:

- 1. Hermann Kruener, Bergbauer; 2. Reinhold Parossa, Schuhmachermeister; 3. Emil Wenzel, Arbeiter.

Gemeindeparlament Langwaltersdorf:

- 1. Hermann Krüge, Invalide; 2. Alfred Kramer, Bergbauer; 3. Ernst Kramer, Berginvalide.

Gemeindeparlament Nieder-Herrsdorf:

- 1. Max Eger, Bergbauer; 2. Volmar Stein, Bergbauer; 3. Richard Grünbel, Bergbauer; 4. August Belzel, Bergbauer; 5. Alfred Bogt, Bergbauer.

Gemeindeparlament Weikstein:

- 1. Paul Beer, Bergmann; 2. Fritz Michael, Bergmann; 3. Paul Wälgler, Bergmann; 4. Heinrich Sperling, Bergmann.

Gemeindeparlament Rothendach:

- 1. Oskar Hoffmann, Stubenarbeiter; 2. Josef Giesmann, Bergbauer; 3. Paul Wenzel, Bergbauer; 4. Ernst Gumpert, Bergbauer; 5. Wilhelm Randa, Bergbauer.

Stadtparlament Neurobe:

- 1. Alfred Werner, Bauarbeiter; 2. Richard Feigewasser, Steinhauder; 3. Friedrich Berger, Schuhmacher; 4. Anna Ritzke, Hausfrau; 5. Franz Wagner, Arbeiter.

Gemeindeparlament Charlottenbrunn:

- 1. Adolf Wiese, Schmied; 2. Fritz Wittig, Bauarbeiter; 3. Ernst Lehmann, Zimmermann; 4. Paul Rindler, Bergbauer.

Das sind die proletarischen Listen. Ein Vergleich mit den SPD-Listen wird zeigen, welcher Unterschied zwischen uns und der SPD besteht...

Die Schuld an den Millionenverlusten

Die Sozialdemokraten gingen mit Wiekner durch und dünn - Jetzt waren sie auf Kosten der Werttätigen

Von Josef Wälgler, Waldenburg

Die Stadt Waldenburg hat durch das Obligationengeschäft rund zwei Millionen Mark verloren. Einmal rund eine Million durch das Geschäft mit Kathle...

wer eigentlich schuld daran ist, daß es so weit gekommen ist.

Rebenbemerkte ist dieser Verlust, den Waldenburg mit dem Obligationengeschäft erlitten hat, nicht der einzige. Es kommt hinzu, daß erhebliche Zuschüsse für verschiedene Dinge geleistet werden müssen...

Jährlichen Zuschuß von rund 150 000 Mark.

Hinzu kommt, daß man den Herren vom Magistrat, dem Stadtbankdirektor und dem Schlachthofdirektor, lösspielige Wohnungen gebaut hat, die gleichfalls Zuschüsse erfordern...

Hotel wichtiger und notwendiger sei, als Wohnungen für die Arbeiter.

Sie waren weiter der Meinung, daß der Oberbürgermeister, der Stadtbankdirektor usw. Wille haben müßten, und sie lehnten alle Anträge, die den Bau von Kleinwohnungen verlangten, ab.

Wer ist schuld, daß Waldenburg diesen ungeheuren Verlust mit dem Obligationengeschäft gehabt hat?

Die Sozialdemokraten sagen, der Oberbürgermeister Wiekner sei es. Ist das wahr? Wir sagen, das ist nur zum Teil richtig. Den größten Teil der Schuld trägt die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats.

Revolutionsfeiern

„Die Trommler“ spielen am Sonnabend, dem 9. November, 17 Uhr, in Weikstein. „Deutsches Haus“

Am Sonntag, dem 10. November, 15 Uhr, in Gottesberg. „Hotel Gluckauf“

Am Sonntag, dem 10. November, 20 Uhr, in Rothendach

Preis des Eintritts beträgt in Weikstein 60 und 50 Pfg. und in Gottesberg und Rothendach 60 Pfg. Der Vorverkauf hat bereits rege eingelegt. Man sichere sich rechtzeitig ein Programm!

so behaupten wir, daß er dies nur machen konnte, weil Bürgerliche und Sozialdemokraten im Magistrat sowie in der Stadtverordnetenversammlung mit dem Oberbürgermeister

durch die und dünn gegangen

sind. Bei verschiedenen Anlässen, so z. B. beim Hotelbau, war der Roten vorangetrieben um rund eine Million über sich zu werfen, und man stellte die Stadtverordnetenversammlung vor vollendete Tatsachen...

Sozialdemokraten, die sich schuldig vor den Oberbürgermeister stellen.

Die Schreiben, die Herr Jappe in dieser Angelegenheit aus Berlin erhielt, hätte er einfach unterschlagen, wenn nicht die Kommunistische

und andere Kleinbürgerliche Beamte. Ein Bild auf unseren Listen zeigt, daß alles Arbeiter aus dem Betriebe als Kandidaten aufgestellt worden sind. Arbeitervertreter im wahren Sinne des Wortes...

Fraktion im Besitz von Abschriften gewesen wäre, und sie der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis gebracht hätte. Als der „Offene Brief“ der Gewerbetreibenden gegen den Oberbürgermeister herauskam, und der Oberbürgermeister erklärte, daß er noch diesen Angriffen nicht mehr sein Amt ausüben könne...

Sozialdemokraten und Bürgerliche zweimal den Auftrag der Kommunisten, Aron dem Staatsanwalt zu übergeben, abgelehnt.

Herr Jappe und die Seinen konnten sich von der einmal gefassten Meinung, daß Aron ein „schlechter Mann“ sei, nicht locken lassen. Es kam, wie es kommen mußte.

Sozialdemokraten waren im Magistrat sowie in der Stadtverordnetenversammlung die treuesten und unentwegtesten Stützen des Herrn Wiekner. Um die Wähler zu täuschen, schrieben sie heute am lautesten. Herr Direktor hat nun den Auftrag, die zerrütteten Finanzen zu ordnen. Wie macht er das? Er baut alles rücksichtslos ab...

Es wurden getrichen im Wohlfahrtsrat:

- 40 000 Mark für Sonderunterstützungen, 35 000 Mark für Winterbeihilfen, 25 000 Mark für Weihnachtbeihilfen, 7 000 Mark für Schulentlastungsbeihilfen usw.

Im Gesundheitsrat steht fast nur noch das Gehalt des Herrn Stadtmehdinalrates Rodewald. Im Wohlfahrtsrat wurde gleichfalls alles reduziert, im Gegenlag zu den höheren Gehältern. Das Wassergeld verlangte Herr Direktor auf 55 Pfennig pro Kubikmeter festzusetzen. Die Grundsteuererhöhung von 200 auf 450 Prozent. Man hat jetzt eingesehen, daß die Erhöhung des Wasserpreises auf 55 Pfennig vor den Wahlen nicht durchzuführen ist.

Die Sozialdemokraten haben den Beweis auch in Waldenburg erbracht, daß sie es nicht besser machen als die Bürgerlichen. Im Gegenteil, sie wollen beweisen, daß sie es noch besser verstehen als die Bürgerlichen, die Sache auf Kosten der Arbeiter zu schmeißen. Dieser Beweis ist ihnen geglückt. Sie streben nur nach elendlichen Bürgermeister- und Stadtratposten, das Wohl und Wehe der Arbeiter ist ihnen schnuppe.

Sozialdemokratisch-bürgerliche Einheitsfront zur Bekämpfung der Arbeiterkraft in Herrsdorf

Es zeigte sich schon immer, daß bei Anträgen auf Unterstützung der Notleidenden und auch der Kinderreichen Sozialdemokraten wie Bürgerliche ihr wahres Gesicht zeigten und ihnen noch das letzte Stück Brot vom Tische nahmen. In der Gemeinde waren 8000 Mark für Brot und Milchbewilligung bereitgestellt worden. Bei der Haushaltsberatung für 1928 stellten die Sozialdemokraten den Antrag, diese Summe für fünfzig zu streichen. Es war bezeichnend, daß es gerade der weltliche Schullehrer Bänisch war, welcher den Antrag begründete. Auch den Bürgerlichen waren die Kinder schon zu dick geworden, sie unterstützten den Antrag der SPD. aufs wärmste.

SPD. und Bürgerliche gegen Wohnungsbaun

In der breiten Öffentlichkeit erklärt die SPD, nur ihre westbeseitende Partei trete für die Interessen der Arbeiterkraft ein. Wer in den meisten Fällen tut sie es anders, denn gerade die Wohnungsuchenden können ein Lied davon singen, wie sie immer und immer wieder von der SPD. und den Bürgerlichen geprellt werden. Die kommunistische Fraktion stellte im Jahre 1928 ein Hauptprogramm auf, in dem von der Gemeinde jährlich 40 Neubauwohnungen verlangt wurden. Der beantragte Wohnungsbau wurde von der SPD. und der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft gleichfalls abgelehnt.

Woh! diesen Leuten am 17. November die Dichtung und wähl! nur die SPD.

An die Belegschaft der Fuchsbude

Am Montag, am 17. Uhr (5 Uhr nachmittags) und am Dienstag, am 18. Uhr (vormittags), findet im „Deutschen Haus“ die Delegatensammlung der Fuchsbude statt. U. a. Entscheidung zum Wahlrecht. Kommt, was es einer dem anderen! Reizloses Erscheinen! Kommt!

Zwei Gottesberger Randbatalen

Zwei Menschen werden sind die Bauunternehmer Gerbe und Dierich. Einer erscheint offen reaktionär, der andere auf der schwarzen verdeckten Liste des Zentrums. Gerbe ist schon Stadtbelehnt als *Polizist*. Wir wissen ja, daß er im Arbeitsgebetende am meisten dafür eintritt, Gottesberg in das Lohngebiet II zu bringen, das heißt, daß er den Bauarbeitern den Lohn kürzen will. Nicht nur das allein, sondern er selbst geht als Spitzenreiter den Unternehmern voran. Er will seinen Lehrlingen keinen Pfennig auf der auswärtigen Baustellen geben, obwohl sie tatsächlichen Anspruch darauf haben. Er zahlt jugendlichen Arbeitern im Alter von 10 Jahren je 10 Pfennig Stundenlohn bei schweren Arbeitshandlungen. Wo bleibt hier das Tarifamt? Und wo ein Kandidat auf der Stadtverordnetenliste neben anderen „Arbeitern“, wie Dierich. Es ist einer der anderen würdig. Die Arbeiter werden sich mit ihm abfinden und der Liste „Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft“ den wohlverdienten Fußtritt geben. Nun, und der zweite Randbatal, ist er besser? Nein! Nicht ein Jota. Bauunternehmer Dierich, mit seinem famosen Bauhüter Spitzer in einer Harmonie, versteht es ausgezeichnet, echt fromm katolisch seine Arbeiter zu „beschäftigen“. So ja, D. gewährt der genannte Dugo seinen Lehrlingen keine Ferien, obwohl sie Anspruch darauf haben. Weiter zahlt er den meisten Arbeitern keinen Tariflohn und macht die Arbeiterbeschäftigung von Lohnkürzungen abhängig. Dugo ist die Herde der katholischen Zentrumskräfte!

Kann auch nur ein Arbeiter die Liste der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft oder des Zentrums oder der SPD wählen? Nein! Die Wählbaren wählen nur Kommunisten!

Eine SPD-Schandtät nach der anderen in Langwaltersdorf

Angefaßt der bevorstehenden Wahl ist es notwendig, einen Rückblick zu tun. Die erste Tat der SPD nach der Wahl 1924 war die Wahl eines bürgerlichen Gemeindevorstehers. Dafür erhielt sie den ersten Schöff. In derselben Sitzung stimmte die Sozialdemokratie das erste Mal für den Hungeretat. Am 9. November 1924 wurde vom Genossen Kunze ein Antrag gestellt, die Lustbarkeitssteuer für die Arbeitersportvereine zu erlassen. Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD abgelehnt. In derselben Sitzung wurde der Antrag gestellt, eine Gemeindevorsteher anzustellen. Der SPD-Mitglied Gerberich war dagegen. Aber 400 Mark jährlich für katholischen Religionsunterricht hat Gerberich übrig. Am 25. Juli 1926 wurde ein Antrag auf Schaffung eines Kommunalfriedhofes, ebenso auch eines Sportplatzes eingebracht. Wo ist die Durchführung? Am 14. November 1926 stellten die Erwerbslosen einen Antrag auf Gewährung einer Weihnachtshilfe. Da kam der SPD-Mitglied Gerberich und erklärte: „Wir lassen uns von den Erwerbslosen nicht terrorisieren. Der Antrag wurde darauf abgelehnt. Durch das stille Verhalten bei dem Antrag des Arbeiterturnvereins auf Gewährung von Mitteln zur Anschaffung von Turngeräten, kam der Antrag zur Ablehnung. Am 25. Juli 1926 kam die erste Mieterhöhung dadurch, daß die SPD mit den Bürgerlichen die Grundvermögenssteuer um 50 Prozent erhöhte. In einer darauf stattgefundenen Mieterversammlung gab der Vorsitzende Päßler zu, daß er als SPD-Vertreter einen Fehler gemacht habe, daß er für die 50 Prozent Grundvermögenssteuer gestimmt hatte. Das hatte er nur zum Schein gesagt; denn im Jahre 1928 zeigte sich seine Stellungnahme im großen. In der nächsten Wochenansgabe berichten wir darüber ausführlich.

Eine Blütenlese aus Hausdorf

Hausdorf hat eine bürgerliche Gemeindevorstellung. Sie besteht aus 14 Personen. Weit über die Hälfte ist reaktionär eingestellt. Die Hälfte der Gemeindevorsteher ist Gegner des Wohnungsbaues und Gegner einer Straßenbeleuchtung. Beweis: In einer Sitzung Anfang Juli war vom Gemeindevorstand ein Antrag eingebracht auf Bürgerschaftsleistung für ein Darlehen von über 18 000 Mark, die der Kreisauschuss aus Mitteln der Hauszinssteuer für einen Neubau der Siedlungsgenossenschaft der Kriegsbekämpften bewilligt hatte. Dieser Betrag soll erst am 1. Juli 1930 gezahlt werden. Da der Bau schon angefangen war, mußte die Bank das Geld einweisen vorstrecken. Die Bank verlangte von der Gemeinde die Bürgerschaftsleistung. Fünf Gemeindevorsteher waren dagegen. Nach langen Auseinandersetzungen stimmten endlich sieben Gemeindevorsteher für die Bürgerschaft. Der Antrag auf Straßenbeleuchtung wurde abgelehnt. Am Montag, dem 21. Oktober, war die letzte Gemeindevorsteherwahl. Unter verschiedenen Punkten war noch einmal die Straßenbeleuchtung auf der Tagesordnung verzeichnet. Sie wurde zurückgestellt und soll der neu gewählten Gemeindevorstellung noch einmal überwiesen werden. Arbeiter und Arbeiterinnen von Hausdorf, wählt am 17. November die Liste der Kommunisten!

Aus der Gemeinde Charlottenbrunn

Wir haben vorige Woche versprochen, über die Tätigkeit der Charlottenbrunner Gemeindevorsteher zu berichten. Um ein klares Bild zu geben, müssen wir auf einige Monate vor der Wahl im Mai 1924 zurücktreten. Im März 1924 stellte der Bund der Kinderreichen einen Antrag an die damalige Gemeindevorstellung auf Anschaffung von Lehr- und Lernmitteln durch die Gemeinde. Von dem SPD-Schöpfen Dertel wurde dabei betont, daß die Gemeinde kein Geld hätte. Die Bürgerlichen hatten sich gar nicht gekümmert. Der Antrag wurde abgelehnt. Als das Jahr abgeschlossen wurde, hatte die Gemeindevorstellung einen Überschuss von 6000 Mark. In den ersten vier Monaten des Jahres 1924 wurde einrig gerüstet und vorgearbeitet zur Feier des 200jährigen Bestehens Charlottenbrunn. Im Mai trat die neue Gemeindevorstellung das erste Mal zusammen. Der damalige Vorsteher gab bekannt, wer zu der Feier alles eingeladen wäre: Landräte, Regierungsräte, Regierungspräsident usw. Unser Genosse Rose sagte dabei, daß man an alles gedacht hätte, nur nicht an die Ortsarmen. Rose stellte folgenden Antrag: Sämtliche Ortsarmen erhalten auf Kosten der Gemeinde am Jubeltage ein Mittagessen, sowie Kaffee und Kuchen für Frauen, Bier oder Korn und Zigarren für Männer. Im selben Jahre wurde die Frage betreffs eines Sportplatzes aufgeworfen. Das Projekt scheiterte an der Halsstarrigkeit der verhassten Konservativen Biedemann und Föhnel. Im Jahre 1925 kam der U. v. v. des Kurhauses. Auch hier war es Dr. Biedemann, der zur halben Arbeit machen wollte. Unsere Genossen führten einen scharfen Kampf. Im Laufe des Jahres wurde von unseren Genossen erneut der Antrag auf Anschaffung von Lehr- und Lernmitteln und Wohnungsbau gestellt. Diese Anträge wurden von den Bürgerlichen und SPD ohne Begründung abgelehnt. Auch die Erwerbslosenfrage kam öfters zur Sprache. Nur einmal haben sie eine Unterstützung von der Gemeinde erhalten, und zwar im Winter 1925/26. Das zweite Mal wurde die Unterstützung im Frühjahr 1926 durch

die SPD verweigert. Im selben Jahre stellte unser Genosse wieder die zwei Anträge Anschaffung von Schulbüchern und Wohnungsbau. Wieder wurden sie mit Hilfe der SPD abgelehnt. So haben Bürgerliche und Sozialdemokraten stets gegen die Interessen der Werttätigen gehandelt.

Die Renegaten als Stützen der SPD.

Die Waldenburger Sozialdemokraten sind durch ihre arbeitserfreundliche Politik im Stadtparlament in arge Not geraten. Besonders ist es Herr Dierich, der die ohnehin schon bergliche Situation noch steigert. Sachlich und politisch können die Sozialdemokraten gegen die kommunistische Stadtverordnetenfraktion nicht austreten. Was Wunder, daß ihnen der Austritt einiger ehemaligen Kommunisten aus der SPD und damit aus der Fraktion ein gefundenes Pflaster ist. Die Arbeiter werden sich aber durch diese Mägen nicht täuschen lassen und den Übertritt dieser Leute ja, Reichel und Künzler richtig einschätzen. Einige dieser Leute scheinen über ihre Fahnenflucht in einer Zeit, wo sich die Feinde der SPD immer mehr zum Kampfe gegen die Arbeiterfraktion und gegen die SPD zusammenschließen, eine gewisse Scham zu empfinden, wenigstens halten sie sich etwas zurück. Anders ist das mit dem Faschisten Reichel. Dieser arme Tropf, der seine Dummheit nicht übersehen kann, unterfährt sich öffentlich gegen die SPD aufzutreten. In einer Versammlung im „Roh“ in Altwasser sagte dieses Mägen, er habe versucht, die Genossen Malzer, Franz und Habed zu bekehren und sie zu einem Zusammenarbeiten mit der SPD zu bringen. Wie und zu was Reichel unsere Genossen bekehren wollte, wollen wir an einigen Beispielen zeigen. Herr Dierich hat seinerzeit als die Stadt die Familienbeiträge für die Familienmitglieder der Knappschlagsangehörigen bezahlte, den An-

Mit der Grubenfunze durchs Waldenburger Land

Die Funze erregt Aufsehen in Langwaltersdorf, und das freut mich außerordentlich. Wandte ich mich auch schon manchmal schauend, so lebe ich nun doch wieder mit meiner Funze ein. Weil ich so gern lache, ging ich zuerst auf den Exerzierplatz der Kriecher. Und richtig, die jungen Viecherl trocken und sprangen wieder auf der Weide wie ihre Freunde mit Hörnern am Kopf. Der starke Nebel verdeckte leider meine Wühler, den Hauptmann der Kriecher kennenzulernen. Na, ich tröste mich, es wird ja nicht möglich. Ich tappte in dem Nebel weiter und stand plötzlich vor einem mit Steinen gefüllten Brunnen bei Haus Nr. 10. Und ich suchte Wasser, wie ich voriges Jahr mit einigen Forschern eine Dose in der Wüste Sahara (natürlich im Buche) suchte. Eine Gesundheitskommission soll die Steine in den Brunnen besorgt haben, weil das Wasser nicht einwandfrei ist. O, ich hatte Durst und kein Geld. Also, Wasser!!! Weil ich nahe am Versuchswasser war, brachte man mich nach Neuhau 2. Ein Glas — Wasser. Hübschere Hausbesitzer brachten mir das Gewünschte. Einwandfreies Wasser? Nein, eher glaube ich, es wäre ein Glas mit Bierlogna, so gelb war's. Das Wasser ist nämlich dort nur klar, wenn es gereignet hat. In Trockenzeiten müssen die Bewohner das Wasser anderswo holen. Also, Herr stellvertretender Amtsvorsteher, wenn Sie wieder mal mit der Gesundheitskommission durchs Dorf gehen (das darf natürlich nicht allzu lange dauern), vergessen Sie Neuhau 2, Nr. 64, nicht, damit auch dort Wasser geschaffen wird. Das erlognaähnliche Wasser ließ ich aus Gesundheitsliebe stehen und zog von dannen. Mir begegneten noch zwei betrubte Frauen, von denen die erste mir sagte, daß ihre Rente um 10 Mark monatlich gekürzt worden ist. Die zweite erzählte, daß ihr vor längerer Zeit die Reichsrente zugesprochen worden ist, sie bis jetzt aber noch keine erhalten habe. Das sind die Vorteile, die auch die kapitalistische Republik bietet. Inwaldden und Witwen, am 17. November habt ihr Gelegenheit, zu quittieren, indem ihr kommunistisch wählt.

Beste, Kumpel, die Waldenburger Schupo ist dir aber freundlich gegen uns kommunistische Arbeiter. Wir kamen am Sonntag auf der Fahrt nach Schweidnitz (Protestkundgebung gegen NSB-Verbot) bis zum Bahnhof in Altwasser, da sprang schon ein Schupo-Mann aus's Auto und fuhr mit. Allerdings bloß bis zur Polizeiwache. Dort luden uns die Beamten ein, eine Etage höher mitzugehen, wo sie uns freundschaftlich begrüßten und betasteten. Und was fanden die überaus Empfangen? Außer Zigaretten, Zehat, Streichhölzern und einer Margarinefalle hervorsteckende Knochen an dem abgeschundenen Körper. Und was konnten sie nicht beschlagnehmen? Das rote Herz in der Brust, dessen Pulsschläge ausnahmslos dem Kommunismus, und damit dem geschwiegenen, unterdrückten Weltproletariat gehören. Wegen die Nazis sind die Beamten nicht so freundlich und zuvorkommend. Die werden als Feinde der Republik nicht eingeladen und jährlich bestraft.

Nicht so zärtlich sind manche Beamte auf der Davidgrube. Ich siehe gerade am Schalter, als ein Kumpel eine Schicht Urlaub verlangt, weil er fortfahren will. Du, ist der aber angebrüllt worden, Ich denke, ich seh' mich auf den Ar-m. Er (der Beamte) möchte auch wegfahren und kann nicht. Au Himmelsjapperlot nochmal, Sternblau-Blau — verkauft nochmal. Also so weit ist's schon. Kumpel, behalte dir alles gut im Gedächtnis.

In der Vertreterversammlung vom Konsumverein, welche in der „Gemeindevorstellung“ tagte, sprach ein SPD-Genosse sehr viel vom Eschlachten. Sommerwall sagte er den SPD-Genossen, daß sich die Arbeiter gegenseitig abschlagen. Kurz darauf erklärte derselbe Vertreter, daß vorläufig aus der Großschlachtereier noch nichts wird, was ihm den humorvollen Zwischentritt eines SPD-Genossen: „Weil wir uns gegenseitig abschlagen, erübrigt sich die Großschlachtereier“ einbrachte.

Und wo „Junger“ wir nächste Woche? Ach so, in ? und in ? na, und wo noch? Jalon.

Sportfreunde-Waldenburg gegen Bader-Jaborze
Der oberste Fußballmeister wird am Sonntag erstmalig im Waldenburger Stadion gegen den Meister des 4. Bezirks antreten müssen. Jaborze stellt eine kampferprobte Mannschaft ins Feld. Die Waldenburger haben eins für sich: Sie gelten als die zurzeit beste Mannschaft des Waldenburger Industriegebietes und gewannen am Sonntag im Endspiel gegen Neuhau 7:1. Die Serie erledigten sie ungeschlagen. Sie erzielten dabei eine Torquote von 51:6. Der Kampf beginnt um 14 Uhr und dürfte im voraus ein Sieger schwer zu bestimmen sein. Die Interessenten des Arbeiterfußballes im Waldenburger Industriegebiet werden gut tun, diesen Kampf nicht ungenutzt vorbeizugehen zu lassen. — Vor dem Reichstagswahlkampf stehen sich „Ring-Candberg“ und „Hochwald“-Herrsdorf gegenüber.

trag gestellt, daß diese Zahlungen eingestellt werden. Selbstverständlich stimmten die Bürgerlichen und die SPD dem Antrag zu.

Auch Reichel stimmte diesem Antrag zu, und die kommunistische Fraktion mußte ihm erst begründlich machen, daß seine Stellungnahme arbeiterfeindlich ist. Das hat Reichel Frihe nie begriffen. Malzer, Franz und Habed, die er „bekehren“ wollte, suchten Reichel auch klar zu machen, daß sich Kommunisten nicht an den

Saufgelagen der Bürgerlichen und Sozialdemokraten, die diese auf Kosten der Steuerzahler arrangierten, beteiligen dürfen. Reichel Frihe hat das nie begriffen. Er nahm am Saufgelage — um mit Dierich zu reden — anlässlich der Einführung des Arbeitermeisters teil, auch an anderen Festlichkeiten hat Reichel teilgenommen. Auf das schädliche Treiben von denen aufmerksam gemacht, die er „bekehren“ wollte, meinte er: „Ihr sagt immer, heran an die Massen, und wenn man heran will, dann ist wieder nichts.“ Reichel hielt die Gäste der Saufgelage, als da sind: Regierungspräsident, Bürgermeister, Stadträte, bürgerliche und sozialdemokratische Stadtverordnete, für die Massen, an die sich die SPD wenden müsse. Auf der anderen Seite hat Reichel stets auf die Erwerbslosen geschimpft, die auf der Schillerhöhe liegen und nichts machen, dafür aber noch Unterstützung haben wollen, während er in der Grube arbeiten muß. Als ihm dann noch ein stehender SPD-Mann eine alte Bekannte schenkte, da war es um ihn geschehen. Er wollte noch mehr solche Bekannten dieses Menschen anführen, wir glauben aber, daß die oben angeführten genügen, um zu zeigen, daß Reichel mit seiner Einstellung bei der SPD landen mußte. Er ist eine Herde für die SPD, Fleisch von ihrem Fleisch. Die revolutionäre Arbeiterfraktion hat an Reichel und seinen Gesinnungsfreunden ja, und Künzler nichts verloren.

Schweidnitz Erwerbslosenansätze im Stadtparlament abgelehnt

Eine Viertelmillion für Offiziers- und Unteroffizierswohnungen — Vierhundert Mark für Arbeiterwohnungen
Die letzte Stadtverordnetenversammlung am 31. Oktober zeigte der Arbeiterfraktion noch einmal ganz klar und deutlich das Gesicht der Bürgerlichen und Sozialdemokraten. Die Erwerbslosen hatten einen Antrag beim Magistrat auf Bewilligung von Nöhlen, Karloffeln und Winterbeihilfe eingereicht. Ein solcher Antrag bedarf der Unterstützung von fünf Stadtverordneten, wenn er beachtet werden soll. Die Sozialdemokraten lehnten die Unterstützung dieses Antrages ab. Da die neugewählte Stadtverordnetenversammlung voraussichtlich erst im Dezember tagen wird, sind die Erwerbslosen durch die ablehnende Haltung der Sozialdemokraten um ihren Antrag betrogen worden. Im weiteren Verlauf der Tagesordnung wurde der Einbau von Arbeiterwohnungen in Stall und Scheune des Neumühlwertes in Höhe von 400 Mark bewilligt. Mehr hatte man für Arbeiterwohnungen nicht übrig. Im Anschluß an diese Vorlage kam jedoch sofort der Antrag auf 244 000 Mark zum Bau von Wohnungen für Offiziere und Unteroffiziere der Reichswehr. Diese Viertelmillion bedeutet eine ungeheure Belastung der Stadt Schweidnitz, die von unseren Genossen auf schärfste gebrandmarkt und abgelehnt wurde. Die letzte Stadtverordnetenversammlung zeigte also wieder, wie ungeheure Summen für Aufrüstungszwecke auch durch die Bürgerlichen und Sozialdemokraten in den Gemeindevorstellungen bewilligt werden, während die berechtigten Anträge der Erwerbslosen von diesen Leuten abgelehnt werden. Die Arbeiterfraktion wird ihnen am 17. November die Antwort geben und geschlossen für die kommunistische Partei stimmen.

Zur Kommunalwahl
sind acht Listen eingereicht worden. Außer den Kommunisten treten Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Demokraten, Zentrum und SPD auf den Plan. Gänzlich verschwunden sind Knappschlags Deutsche Sozialisten, dafür haben jetzt Nazis und Wirtschaftspartei um die Gunst der Wähler. In den nächsten Tagen wird die „Arbeiter-Zeitung“ sich ausführlicher damit beschäftigen. Genossen, beachtet diese Berichte zur Agitation.

Königszell Öffentliche Versammlung

am Montag, dem 4. November, 20 Uhr in der „Preussischen Kronen“ Landtagsabgeordneter Gen. Dübich spricht über „Arbeiterfraktion und Kommunalwahl“.

Landeshut Obuch spricht

Betriebsarbeiter und Erwerbslose, erscheint zu der am Sonntagabend um 15 Uhr einberufenen öffentlichen Wahlversammlung in „Schwarzen Adler“. Genosse Reichstagsabgeordneter Rechtsanwalt Dübich — Berlin spricht.

Wahlversammlung in Kunzendorf
Sonntag 15 Uhr in Kunzendorf bei Traube öffentlich Wahlversammlung. Kreisstagsabgeordneter Genosse Brückner referiert.

In die Werttätigen von Herrsdorf
Kommt am Sonntag um 20 Uhr in die im Kreishaus bei Weiß einberufene Wählerversammlung. Kreisstagsabgeordneter Brückner spricht.

Jauer Sozialdemokratische „Erwerbslosen“

Das Arbeitsamt Jauer vermittelte dieser Tage nach dem Dominium in Merzdorf, Kreis Jauer, Männer und Frauen. Ihnen wurde zugemutet, zusammen in einer Bude zu nächtigen. Diese Zumutung lehnten die Mädchen ab. Die Folge war, daß man zehn von ihnen auf vier Wochen die Unterstützung entzog.

In selbstmörderischer Absicht sprang bei der Peterwitzer Brücke hier eine 24jährige Frau in die Neiße. Sie konnte im letzten Augenblick von den Passanten gerettet werden.

Girlachsdorf, Opfer der Ausbeutung. Der Steinarbeiter Keimischlüssel wurde auf seiner Arbeitsstelle in Rathhaus (Gemeinde Wetz) plötzlich von einem Herzschlag dahingerafft. Keimischlüssel war in diesem Betriebe fast ein Menschenalter beschäftigt. Bis zu seinem 65. Lebensjahr war er gezwungen, im Interesse des Profits zu frönen. Die Betriebsleitung hatte es nicht einmal für notwendig erachtet, einen Krankenwagen zu stellen, sondern schaffte den Toten mit dem schlottrigen Fuhrwerk in sein Heimatdorf. Dieser Fall zeigt wieder einmal, daß der Unternehmer wohl gern bereit ist, aus den Knochen der Pumpels Profit zu machen, aber darüber hinaus nicht das geringste Interesse an einem Arbeiter hat, wenn er nicht mehr frönen kann.

Kreuzburg

Nationalsozialist als Einbrecher

In der letzten Zeit wurden in der Umgebung von Kreuzburg mehrere Einbrüche verübt, zumeist sind Sachwertsachen davon betroffen worden. So wurden vom 26. zum 27. Oktober in Tschapel bei dem Gastwirt Jirpel die Einbrecher vom Blut überfallen. Der Gastwirt wurde durch Messerstiche derart verletzt, daß er sofort nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Als Täter wurden der Nationalsozialist Schottlitz und sein Genosse Pawill, beide aus Schmardt, Kreis Kreuzburg, festgenommen. Schottlitz, der auch zum Parteitag der Nationalsozialisten in Nürnberg delegiert war, hat dort sicher solche Informationen erhalten, um sie in der Heimat in die Tat umzusetzen. Vor nicht allzu langer Zeit ist in Bartowitz eine Kriegerwitwe in ihrem Hause von zwei Männern überfallen und beraubt worden, der eine der Täter (der größere) vergewaltigte die Frau. Der Beschreibung nach können auch vielleicht diese beiden Männer in Frage, denn auch diese Witwe wurde mit dem Messer bedroht.

Unsere Kandidaten

Für die Stadterverordnetenwahlen am 17. November hat die Kommunistische Partei ebenfalls eine Liste eingereicht. Bisher waren nur noch nicht im Stadtparlament vertreten. Unsere Kandidaten sind: 1. Paul Staron, Former; 2. Wilhelm Dombrowa, Arbeiter; 3. Marie Gollerung, Hausfrau; 4. Fritz Minner, Bäcker; 5. Johann Wilson, Arbeiter; 6. Johanna Staron, Hausfrau; 7. Alfred Kusche, Former; 8. Paul Stolle, Arbeiter. Arbeiter, am 17. November darf es für euch nur eins geben, und das ist die Liste der SPD. Damit ist aber noch nicht genug getan. Jeder Klassenbewußte Arbeiter muß Mitglied der SPD und Leser der „Arbeiter-Zeitung“ werden.

Groß-Sirehlitz

Das Schicksal eines Lehrlings

L. R. In Suhlona brannten vor einigen Wochen zwei Häuser des Fleischermeisters Veltzer nieder, wobei Veltzer selbst so schwere Brandwunden erlitt, daß er nach einigen Tagen verstarb. Der Fleischermeister beschäftigte einen Lehrling aus Westdeutschland. Durch diesen Fall war der Junge nun auf die Straße gesetzt. Aber es meldete sich sofort der Bauer und Kreisratsmitglied des Kreises, Jakob Gruschka, um ein „Wort der Nächstenliebe“ zu begeben und nahm den Jungen zu sich auf. Aber wie sieht dieses „Wort der Nächstenliebe“ aus? Er nahm den Jungen auf seine Wirtschaft, um ihn nur für das Essen auszubehuten. Der Junge wandte sich in seinem Unglück an uns. Als wir bei Gruschka vorstellig wurden, erklärte er uns, er hat mit dem Kreisratsmitglied gesprochen, und der erklärte ihm, dem Jungen kann die Hilfe nach seiner Heimat nicht gegeben werden. Dann gingen wir außer Jugendumt. Da wurde uns erklärt, daß der Fall sofort erledigt wird.

Wir verlangen nochmals in aller Deutlichkeit, daß der bedauernswerte Lehrling sofort aus den Klauen des Zentrumsausbeutens befreit und ihm die Heimreise ermöglicht wird.

Unter Unfähigkeit der Polizei müssen Arbeiter leiden

L. R. In letzter Zeit mehren sich hier erschreckend die Verbrechen. Die Vermutung liegt sehr nahe, daß es sich überall um Brandstiftung handelt. Die Polizei zeigt sich demgegenüber total unfähig. Diese Unfähigkeit versucht aber die Polizei dadurch zu verdecken, daß sie verschiedene, absolut unschuldige Leute verhaftet. Meistens verhaftet und beschließt die Polizei die Erwerbslosen. Nach dem hier geschlossenen Raubfall wurde gleichfalls wieder ein unschuldiger Arbeiter verhaftet. Die Polizei holte diesen Arbeiter plötzlich von der Arbeit weg. Sie mußte ihn aber auf Grund der Unfähigkeit der Verhaftung wieder freilassen.

Niederschlesien

Görlitz

Arbeitsamt, Schupo und Iron Hand in Hand gegen die Berliner Kohlleger

Der Arbeitsvermittler Jähne vom hiesigen Arbeitsamt versuchte, Schloffer als Streikbrecher nach Berlin zu vermitteln. Den Arbeitsuchenden verheimlichte man, daß seit Wochen in Berlin die Kohlleger im Streik standen. In einer Bekanntgabe, unterzeichnet von dem Erwerbslosen aus der SPD, wurden die Erwerbslosen auf die Streikbrechervermittlung des Görlitzer Arbeitsamtes aufmerksam gemacht, und ermahnt, ihren Willen nicht in den Rücken zu fallen. Der diensthabende Schupo forderte die Weisung des Plakates, weil angeblich der Verkehr auf dem Bürgersteig infolge der Ansammlungen der Erwerbslosen behindert würde. Desgleichen fand dieser Beamte heraus, daß der Inhalt „aufreizend“ sei. Sofort informierte er seine vorgelegte Dienststelle. Der Polizeikommissar erschien in eigener Person, um dieses gefährliche Plakat zu beschlagnahmen. Er unterrichtete seinerseits den Vorsitzenden des Arbeitsamtes, Regierungsrat Reumann, der natürlich die Streikbrechervermittlung in Abrede stellte und die Besetzung verlangte. Auf unsere Beschwerde bei der Polizeiverwaltung erhielten wir den Bescheid, „Stadttrat Liebig müsse darüber die Entscheidung treffen“. Dieser „demokratische“ Stadttrat verbot natürlich das weitere Ausgehen dieser Bekanntgabe. Trotz dieses Terrors dürfte es dem Arbeitsamt nicht gelingen sein, Streikbrecher nach Berlin zu vermitteln. Diese Vorfälle, die sich täglich wiederholen, zeigen klar die Rolle der Polizei und der Arbeitsämter im kapitalistischen Staat.

Im Kampf gegen die Kohlleger spielten auch die Sozialfaschisten ihre verwerfliche Rolle. Der hiesige DMB-Angestellte Lührer versuchte zwei zugereiste Kohlleger zur Streikbrechervermittlung nach Berlin zu vermitteln. In der Verbandsversammlung zur Rede gestellt, versuchte dieser Bursche seine Schandtaten in Abrede zu stellen. Den Antrag der Opposition, für die streikenden Kohlleger 1000 Mark aus der Kassa zu bewilligen, brachte er nicht zur Abstimmung. Diese Tatsachen beweisen deutlich das Zusammengehen der Sozialfaschisten mit den Organen des bürgerlichen Staates zur Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung. Die Antwort der Werkstätten lautet am 17. November: Wählt Kommunisten!

Konrektor Walter schwindelt über Sowjetrußland

Konrektor Walter, Lehrer in der Nikolajtschule, möchte gern Rektor werden. Schüler, die diesen Herrn als „Herr Lehrer“ ansprechen, erhalten sofort einen Beweis und er befehlt sie sofort, daß er als „Herr Konrektor“ anzusprechen sei. Da anscheinend seine fachlichen Fähigkeiten zum Rektor nicht ausreichen, versucht er, diesen Mangel durch politische Unwissenheit zu ersetzen. Seinen Schülern redet er von Unwesen, die Russen schütten Geld nach Deutschland, damit die Arbeiter auch in Deutschland Revolution machen.

Die Arbeiter protestieren auf das energischste gegen diese unheimlichen Maßnahmen. Wenn die Polizei aber unfähig ist, dann muß sie eben zum Teufel gejagt werden. Länger lassen sich die Arbeiter diese Schikanen nicht mehr bieten.

Friedland

Der Bürgermeister kann verleumben

Wir berichteten vor einigen Monaten, daß unser Genosse Krusch vom Bürgermeister Dr. Depens in ganz böser Weise verleumbet wurde. Genosse K. stellte gegen den Verleumbder Strafantrag. Sonderbarerweise hat jetzt die Klage abgewiesen. Als Begründung gibt die Klageninstanz an, daß K. nicht anonyme Briefe schrieb und er sich quasi nicht berechtigt zu fühlen brauche.

Oppeln und Umgegend

Das ist die sozialdemokratische und zentrierte Sozialfürsorge

Stehendes Elend macht sich auch hier in der Stadt, die unter einem sozialdemokratischen Oberbürgermeister steht, bemerkbar. Der Magistrat spart, aber nur an den Armen. Die Unterführungen, die das Wohlfahrtsamt zahlt, langen nicht im Entferntesten zum Leben. Ein großer Teil aller Frauen, die schon mehr als sechzig Jahre alt sind, muß noch zu ihrer Rente und Sozialunterstützung arbeiten, wenn sie nicht verrotten wollen. Die Hilfsgeldstellen der Sozial- und Armenrenten sind auf dem Loch und verkauft. Ein anderer Teil dieser Hilfsbedürftigen muß Betteln gehen.

Doch um den antisozialen Charakter der Stadt, in der SPD und Zentrum gegen die Arbeiter wirtschaften, zu verdecken, ist das Betteln verboten. In den letzten Tagen stand auf der Klosterstraße ein altes Mutterchen und bettelte. Das sah ein Polizist, und er verjagte sie alte Frau.

Wir selbst unterstützen keinesfalls die Betteler. Aber ist es nicht ein Hohn auf diese Gesellschaft, wenn sie erst solche Verhältnisse schafft und dann durch die Polizeigewalt das zu verbieten versucht. Wenn aber die Kommunisten im Stadtparlament ausreichende Unterstützung für die Armen verlangten, da lehnte diese Gesellschaft die Anträge brutal ab und sagte, das sind nur Agitationsanträge. Immer mehr greift das Elend zu. Jetzt im beginnenden Winter wird sich das Elend noch rascher steigern. Sollen diese Armen alle elend umkommen? Nein, das lassen wir nicht zu. Wir werden kämpfen für einen Staat, in welchem es keine Prasser mehr gibt, aber alle Ausgebeuteten auch für ihren Lebensabend ein gesichertes Dasein haben werden.

Sie haben wieder gerafft

Zum ersten November (Messefesten) werden die Gläubigen durch die Kirche angepörrt, an ihre Toten zu denken. Je nach der Klasse schmälern die Angehörigen die Gräber ihrer Toten. Manches armes Mutterlein darbt sich von ihrem Munde ein paar Papiertosen und einige Kerzen ab, um den Grabhügel auszuschnüden. Warum? Nein, der Leute wegen. Was mögen denn die lieben Nächsten sagen, wenn ich nichts mache, sagt so mancher. Ja, die heutige Gesellschaft versteht es noch, das Elend der Lebenden durch die Toten, die zum großen Teil selbst nur Elend und Not im Leben kannten, abzulenkten.

Auf dem Friedhof macht bei dieser Gelegenheit die Kirche noch so nebenbei ihr Geschäftchen. Spekulierend auf die Gedächtnisfeier der Friedhofbesucher ist eine ganze Menge Leute mit Sammelbüchsen postiert, die keinen vorbeiziehen lassen. Jeder wird angebettelt.

Wo kommen diese Gelder hin?

Ja, das ist unkontrollierbar. Die Kirche sammelt wohl auf den Namen der Armen. Aber bis jetzt hat außer den unverschämten

Dem Genossen R. ist zwar Unrecht geschah, aber dem Bürgermeister steht als Beamter der Schuppargraph zu. — Wo können Bürgermeister ungestraft ehrliche Arbeiter verleumben. Na, auch damit wird die Arbeiterklasse mal ein Ende machen. Arbeiter, geht am 17. November eure Stimme nur der SPD und sorgt so dafür, daß jetzt schon dem Bürgermeister ein wenig der Mund gestopft wird.

Noch ein häßliches Unglück

Zu allem Ueberflus ist neben der „Allgemeinen“ Arbeiterliste noch eine Liste „Christlicher Arbeitnehmer“ zu den Stadterverordnetenwahlen eingereicht worden. Es ist ein häßliches Unglück mehr, wenn man sich diese beiden Spaltlisten ansieht. Arbeiter, wagt am 17. November nur Kommunisten und gebt diesen Spaltlisten sowie allen anderen Listen einen Tritt.

Armen kein Armer etwas gesehen. Ein Bayern Geld wird an den geldgierigen Fingern der Kirche hängen bleiben.

Warum hat die „Oppelner Zeitung“ gelogen?

Es ist nichts Neues, daß die bürgerliche Presse täglich die größten Lügen fabriziert. Gewöhnlich macht sie es aber so, daß die Lüge nicht so leicht als solche erkannt wird. Die „Oppelner Zeitung“ ist aber von diesem Prinzip trotz ihrer zentrierten Grundanlage in letzter Zeit abgegangen. Vor einigen Wochen veröffentlichte die „Oppelner Zeitung“ schon die Namen der Kandidaten für das neue Stadtparlament von Seiten der SPD, und der SPD und Genossente, die SPD hat schon ihre Liste fertig. Das war ein offensichtlicher Schwinkel. In dieser Woche gibt die „Oppelner Zeitung“ selbst ihren Schwinkel zu, indem sie in dem Artikel „Namen für das neue Stadtparlament“ schreibt: Die Kommunisten haben bis heute noch nicht ihre Liste eingereicht.

Warum hat die „Oppelner Zeitung“ also so frech gelogen? Sie wollte nach bürgerlicher Journalisterei die Arbeiter damit nur irreführen. Das soll ihr schlecht bekommen. Arbeiter, heraus mit der bürgerlichen Lügenpresse! In jeden Arbeiterhaushalt die „Arbeiter-Zeitung“!

Zwei Vermittler

Vermittelt wird seit dem 23. Juni 1928 der Malergeselle Paul Krafczill, geboren am 26. Juni 1906 zu Oppeln. Zum Zwecke der Ausübung seines Berufes begab er sich am genannten Tage mit der Eisenbahn nach Ziegenhals, ist aber dort angeblich nicht eingetroffen. Zeitweise machen sich bei dem Vermittelten gewisse Störungen bemerkbar, und es erscheint nicht ausgeschlossen, daß ihm irgendwo ein Unglück zugefallen sei.

Vermittelt wird ferner seit dem 16. Oktober 1929 der Handelsvertreter Richard Bauer. Der Vermittelte wollte hier geschäftlich seine Kundschaft (in Frage kommen Papier- und Schreibwaren-geschäfte) besuchen. Seit dem genannten Tage fehlt von ihm jede Spur. Sachdienliche Angaben erteilt die Kriminalpolizei, Sternstraße 18, Zimmer Nr. 31.

Die Noten Junter

Die Agitpropgruppe der Kommunistischen Jugend, Ortsgruppe Oppeln, tritt zum ersten Male am 10. November im alten Schützenhaus auf. Wir erjuchen deshalb alle Genossen, schon heute dafür eine rege Propaganda zu machen.

Arbeiterkorrespondenzen

Heute nicht vergessen, daß am 19 Uhr im alten Schützenhaus eine Arbeiterkorrespondentenkonferenz für Oppeln und Umgebung stattfindet.

Das Gastspiel der „Trommler“. Am Sonntag fand im „Deutschen Hof“ in Rasth die erste Freikörper-Revue, aufgeführt von der Arbeiterkämpfertruppe, den Dreslauer „Trommlern“, statt. Den Besuch kann man als befriedigend bezeichnen. Aus der Erkenntnis heraus, daß die Kirche ein Institut des kapitalistischen Staates darstellt, rufen wir den wertvollen Massen mit den Worten der Trommler zu: Heraus aus der Kirche! Macht euch frei!

Gelbsdorf

Die hiesige Jugendzentrale hat nach einer kurzen Pause ihre ehrenvolle Tätigkeit wieder in ganzer Pracht entfaltet. Die neueste Ente, die man im Dorf herumspaziert, war für das Bürgerpad bestimmt und langt folgendermaßen: Nach der Gemeindevahl soll der Gemeindevorstand, überhaupt die ganze bürgerliche Herrschaft, abgelöst und wie folgt neu besetzt werden: Als Gemeindevorsteher Paul Müller (SPD), als Kassierentant Mat und als Amtsbote Max Heim (beide SPD). Hierzu haben wir folgendes zu sagen: Bei Müller mag das wohl zutreffen, aber wir als Kommunisten sind keine Postenjäger und Futterkrippen-Politiker. Das mögen sich die Herren von rechts gesagt sein lassen. Wenn es irgend möglich ist, werden wir allerdings dem Leiter der Jugendzentrale einen gut bezahlten Nachtmähterposten verschaffen. In den nächsten Tagen werden wir einmal die bürgerliche Einheitsliste ein wenig näher betrachten, dann folgt der Wahlverein der SPD am Orte Arbeiter, lest und bestellt noch heute die „Arbeiter-Zeitung“.

Sonntag, den 10. November, 14.30 Uhr

findet in der „Brauerei“ eine öffentliche Wahlerversammlung einberufen von der kommunistischen Gemeindefraktion, statt. Referenten sind die Genossen Mat, Gelbsdorf und Robert Schmieberg. Arbeiter und Arbeiterinnen, besucht reiflos die Versammlung! Der Genosse Mat wird über die bürgerlichen Verhältnisse sprechen.

Rauscha

Konsum-Bereinslager-Korruption in Rauscha

Große Unterschlagungen wurden hier aufgedeckt, die schon seit Jahren betrieben wurden. Denken wir zurück und sehen wir uns doch mal die früheren Angehörigen hier an. Die Deutschen sitzen heute im Exoten und sind die Hauptmacher der hiesigen SPD; auch zu den Gemeindevahlen am 17. November. Nun, Proleten, was ist nun hier in unserem Lager 35 passiert? Ein Spitzhabe ist entlarvt worden, aber davon habt ihr als Mitglieder noch nichts in der „Weltlicher Volkszeitung“ gelesen, weil es auf die Wahl zu geht. Da schreibt das Blättchen nichts davon, daß im Lager 35 große Diebstähle vorgekommen sind. Es sind selbstverständlich — Sozialdemokraten, die dreißig Jahre in der SPD Mitglieder sind und die auf den Jubiläumswilbern im Volkshaus an der Wand hängen. Wir als Mitglieder verlangen von der Verwaltung Sachliche Aufklärung, wieviel der bisherige Angestellte Dirse, der vor einigen Wochen beim Gelbbiebstaß gefaßt worden ist, schon zusammengehoben hat (angeblich bis her 1200 Mark). Ferner verlangen wir von der Verwaltung, daß noch vor dem 17. November eine Gemeindevahl einberufen wird.

Grünberger Stadtverordnetenbeschlüsse zugunsten der Arbeiter vom Magistrat abgelehnt

Über 400—500 000 Mark für Theaterbau

Während der Textilarbeiterausperrung wurde durch die Grünberger Stadtverordnetenversammlung folgender Antrag der kommunistischen Fraktion angenommen: „Die bisher auf Grund des Rückzahlungs-Niedererlasses an die Textilarbeiter gezahlten Wohlfahrtsunterstützungen werden niedergeschlagen.“ Auf Grund dieses kommunistischen Antrages waren die Textilarbeiter von der Rückzahlung der Unterstützung befreit. Bei der Abstimmung darüber stimmte ein Teil der sozialdemokratischen Fraktion, darunter der Textilarbeiter-Gewerkschaftsleiter Lindner, dagegen. Drei bis vier Wochen nach der Aussperrung ließ plötzlich das Wohlfahrtsamt durch die Unternehmer die bezogene Unterstützung tatempfehle, wöchentlich zwei bis fünf Mark, vom Hungertage ab zu zahlen. Als die kommunistische Fraktion gegen das Vorgehen des Wohlfahrtsamtes beim Oberbürgermeister Bussie und beim SPD-Oberstadtdirektor Kaupke (Leiter des Wohlfahrtsamtes) protestierte, wurde ihr erklärt: „Der Magistrat habe den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung auf Heberschlagung der gezahlten Unterstützung abgelehnt und die Rückzahlung beschlossen.“ Daß die Unterstützung auch zurückgezahlt wird, dafür sorgt SPD-Kaupke in energischer Weise. Es ist festgestellt worden, daß Textilarbeitern pro Woche 5 Mark abgezogen werden, so daß die Betroffenen wöchentliche Gesamtabzüge von 9 Mark zu verzeichnen haben, bei Arbeiterinnen 5 Mark und darüber. Eingerechnet sind Krankentage usw. Und dann spricht Kaupke noch von „Mäßigkeit“. Was diese Mäßigkeit bei dem Hungertage der Textilarbeiter bedeutet, davon hat Scheinsozialist Kaupke bei seinem Monatsgehalt von fast 800 Mark keine Ahnung. Jedenfalls werden bis zum heutigen Tage die Rückzahlungen fortgesetzt; denn unsere Stadtväter haben einen Theaterbau von wegen „Repräsentation“ beschlossen. Dieser Bau, dem ein Wohnhaus zum Opfer fallen mußte, wird immerhin fast 500 000 Mark kosten; und da braucht man natürlich jeden Groschen; ja, da muß man „natürlich“ bei den Unterstützungsempfängern anfangen zu sparen. Warum lehnt hier der Magistrat den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung nicht ab? Wo doch ein Abstimmungsresultat von 15 zu 15 vorlag und nur Stadtverordnetenvorleser Hermuth für den Bau den Ausschlag gab. Ein SPD-Stadtverordneter wollte bei einer derart wichtigen Vorlage in Breslau. Diese Tatsache erweckt den Anschein, daß die SPD den Theaterbau begünstigt hat. Was kümmert es den Magistrat, daß in Grünberg noch hausfällige Baracken bewohnt werden, was geht es den Magistrat an, daß wir Hunderte von Wohnungsuchenden haben, was geht es unseren Oberbürgermeister und die SPD-Stadtväter an, ob die Unterstützungsempfänger ausreichend leben und wohnen können? Herr Oberbürgermeister Bussie mit seinen zweitausend Mark Monatsgehalt kümmert sich nicht darum, wie die Kleinrentner die hohen Steuern aufbringen können. Die Hauptlast ist Grünberg bekommt neben ihm als Repräsentanten eine Repräsentation in Form eines Theaterbaues für die auswärtigen Honoratioren.

Welch außergewöhnliche „Kultur“ in unserer freien sozialdemokratischen Republik! Hunger, Wohnungsnot auf der einen Seite, prunkhaftes Wohlleben auf der anderen Seite. Wenn das der „Sozialismus“ ist, von dem die Sozialdemokraten geschwätzt haben, dann wird es Zeit, daß durch die große Masse der Verdienten, unter Führung der kommunistischen Partei, dieser Scheinsozialismus ausgerottet wird, und an seine Stelle ein System tritt, was wir als Kommunismus als sozialistisch bezeichnen. Darum, ihr Arbeiter, Unterstützungsempfänger, Angestellte und Gewerbetreibende, die ihr alle Kosten zu tragen habt, spart euch um die kommunistische Partei!

Das „idyllische Städtchen“ Liebenenthal

Am Abhang des Hergewitzes liegt das, wie man sagt, „idyllische Städtchen“ Liebenenthal, das aber trotz seines hundertjährigen Bestehens bis jetzt noch nicht den Grad der Berühmtheit erlangt hat, den sich die Städtchen wünschen. Wir wollen nun durch diese Zeilen nachhelfen, damit das „idyllische“ Städtchen aus der dunklen Vergessenheit herausgerissen wird. Bisher nur einige Punkte: Wohlhabend Großes haben die bisherigen Stadtväter geleistet. Die Steuern für die Geschäftsläden, Handwerker und kleinen Stellenbesitzer wurden derart hochgeschraubt, daß die meisten am Zusammenbrechen sind. Selbst der Strompreis wurde von 35 Pfg. auf 60 Pfg. pro Kilowattstunde erhöht. Und was ist mit dem herausgeschandeten Geld geschehen? Das Notwendigste war, das Gehalt des Bürgermeisters von Gruppe 9 auf Gruppe 10 zu erhöhen.

Da der Allgemeine das Geld braucht, um heiraten zu können, wickeln die Stadtväter, als er es fordert, mit dem Kopfe. Bis heute ist er allerdings noch nicht verheiratet, trotzdem er bereits ein Jahr lang dieses Gehalt bezieht. Diese Jungen behaupten, er suche sich jetzt erst eine Braut, deshalb ist er soviel „hierlich“ unterwegs. Von sechs Wochentagen ist er mitunter an vier Tagen nicht zu erreichen. Er hat zwar einen Stellvertreter, der aber in den Sprechstunden ebenfalls zu sprechen ist wie der „Ober“ selber, trotzdem wird er aber für diese Tätigkeit noch bezahlt. Alle Bemühungen, die Aufbauschule nicht nach Liebenenthal zu bekommen, sind umsonst gewesen. Der Erfolg ist der, daß jährlich 10 000 Mark von der Stadt zugezogen werden müssen. Banken werden nicht angeführt und die Genehmigung zu solchen verweigert, weil das Stadtbild „verunziert“ wird. Ein Kandidat an der Gräfingener Straße will sein Haus aufgeben, erhält aber keine Genehmigung, trotzdem das Material bereits halbt. Die Stadt selbst sorgt auch nicht für Wohnungen, trotzdem die Altkolonien zu 60 Prozent jeder Beschreibung spotten.

Zu den bevorstehenden Wahlen hat der Bürgerverein (Häuser- und Grundbesitzer-Verein) eine „Einheitsliste“ aufgestellt. An 5. und 17. Stelle steht ein „Arbeiter“, der aber von den wählenden Arbeitern abgelehnt wird. Die Arbeiter stellen in solches eigenem Leben auf. Verlässliche, steht auch die „Einheitsliste“ an. Ein großer Teil der bisherigen Stadtverordneten und der Rest solche, die es bestimmt nicht anders machen. Zur Wahl deshalb alle Stimmen der Arbeiterliste. Nächsten Sonntagabend werden wir mehr bringen.

Glogau

Trotz alledem Rot Front!

Die kommunistische Partei demonstrierte am Montag gegen das NSD-Verbot und gegen Faschismus. Um 19 Uhr marschierte die Ortsgruppe unter Vorantritt des Arbeiter-Galareienführers ein. In der Straße waren die Straßen gefüllt. Die Polizei, ganz ahnungslos, warnte im Vauschritt nach dem Markt, um folgende Ordnung zu sorgen. Dort begrüßten die Roten Frontkämpfer die Glogauer Arbeiter mit einem dreifachen „Rot Front!“ Der Polizei blieb die Spude weg, als sie einige Kameraden in voller Uniform sah. Der Zug bewegte sich bis zum Franziskanerplatz.

Wahl am 17. November durch eure Stimmenabgabe für die kommunistische Partei den Kampf gegen National- und Sozialfaschismus, um die Beseitigung dieses parlamentarischen Systems für ein Sowjetdeutschland.

Anträge der kommunistischen Stadtverordneten-Fraktion

für die Binderung der Not unter den Wohlfahrts- und Erwerbslosenunterstützungsempfängern zu der am Montag, dem 4. November, stattfindenden Stadtverordnetenversammlung.

Dringlichkeitsantrag

Unsere Stadt muß im kommenden Winter mit einer noch nie dagewesenen Zahl von Erwerbslosen rechnen. Ein großer Teil davon konnte infolge schlechter Arbeitsmöglichkeiten die Bedingungen für den Bezug von Arbeitslosenunterstützung nicht erfüllen und wird so mit den Kreis der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger beträchtlich vergrößert. Infolge der Steigerung der Lebenshaltungskosten beantragen wir:

1. Erhöhung der Wohlfahrtsunterstützungssätze um 25 %.
2. Zahlung einer einmaligen Wirtschaftshilfe zur Beschaffung von Winterkleidung: a) für die Hauptunterstützungsempfänger 30 Mark, b) für jedes Kind 10 Mark, c) für Ledige ohne Anhang 20 Mark, d) Ledige als Versorgungspflichtige gelten als Hauptunterstützungsempfänger.
3. Ausgabe von 3 Zentner Brennstoff pro Monat an alle Erwerbslosen, einschließlich der Erwerbslosenunterstützungsempfänger, Sozial- und Kleinrentner.
4. Kostenlose Abgabe von 1 Liter Milch pro Tag für Kinder unter 6 Jahren an alle Erwerbslosen.
5. Alle Erwerbslosenunterstützungsempfänger, die den Richtsatz der Wohlfahrtsunterstützung nicht überschreiten, erhalten die dem Antrag entsprechenden Unterstütlungen.
6. Die zur Bewilligung erforderlichen Mittel werden, soweit sie nicht im Wohlfahrtsetat vorhanden sind, aus Anlehnmitteln gedeckt.

Unsere Kandidaten für das Stadtparlament

1. Karl Laube, Arbeiter; 2. Max Ladmann, Dreher; 3. Fritz Laube, Schlosser; 4. Pauline Jakob, Ehefrau; 5. Otto Mähns, Arbeiter; 6. Paul Laube, Zimmermann; 7. Fritz Müller, Arbeiter; 8. Heinrich Lehmann, Arbeiter; 9. Adolf Köchle, Schuhmacher; 10. Albert Kiene, Maler; 11. Karl Schmerl, Arbeiter; 12. Frau Mühschinski, Ehefrau; 13. Franz Paschke, Arbeiter; 14. Max Köchle, Arbeiter; 15. Heinrich Schulze, Arbeiter; 16. Julius Bunsch, Arbeiter; 17. Hermann Schulz, Fleischer; 18. Paul Walter, Maurer; 19. Frieda Müller, Ehefrau; 20. Paul Müller, Schlosser; 21. Helmut Zeidler, Arbeiter; 22. Gustav Verndt, Ruffschär.

Arbeiter, Verdienten, die kommunistische Partei ist eure Kampfpartei. Auf ihrer Liste sind nur Arbeiter. Gebt ihr am 17. November eure Stimme.

Erwerbslose, Verdienten

Freitag, 8. November, 16 Uhr, im „Goldenen Frieden“ Erwerbslosenversammlung. Wichtige Tagesordnung. Alle erwerbslosen Frauen, Männer und Jugendlichen von Stadt und Land müssen erscheinen. — Der Erwerbslosenobmann.

Dort versammelten sich Hunderte von Proletariern. Genosse Jonz hielt eine Ansprache, in der er die Rolle der SPD, entwiderte. Nach der Kundgebung zogen die Arbeiter nach dem Dominikanerplatz, wo der Zug aufgelöst wurde.

Zur Zeichen des Wahlkampfes

Alle arbeitserfreundlichen Parteien werden an die Wähler mit Versprechungen herangehen, weil sie glauben, daß die Arbeiter sowie die kleinen Beamten und Handwerker alles vergessen haben, was ihnen bei den letzten Wahlen versprochen wurde. Wir wollen an einiges erinnern: Die sozialdemokratische Fraktion hat alle Anträge

der Erwerbslosen abgelehnt. Wer kennt nicht die Worte des Parteisekretärs Schulz, der jetzt in Glogau ist: „Wir lassen uns von einer zummeingelauenen Horde keine Boykottlisten machen.“ Das Zentrum stellt ebenfalls eine Liste auf mit dem Spitzenkandidaten Dr. Heintzel, dem ehemaligen Vorstehenden des Arbeitsamtes. Auch von dem Innern der Erwerbslosen ein Lob singen. — Die Partei besitz erpartei wird genau so wie bis jetzt die Meterpartei mit der deutschnationalen Wirtschaftsgruppe durch die und dann gehen, wenn es heißt, gegen die Interessen der Arbeiter zu stimmen. Auch die nationalistische Bombardentatterpartei stellt Kandidaten auf. Keine Stimme für diese Hugenberg-Spitzenkandidat, die offen dazu übergehen, die Verdienten niederzuknüllen.

Die kommunistische Partei ruft am Wahltage alle Unterdrückten auf, sich zu sammeln für den Sturz der Ausbeuterherrschaft, für die proletarische Revolution, für den Sozialismus, gegen einen neuen Krieg, für den Schutz der Sowjetunion. Deshalb wählt jeder Glogauer Verdient am 17. November die Liste der Kommunisten.

Kundgebung!

Freitag, den 15. November, öffentliche Kundgebung am Dominikanerplatz. Anreiden des Arbeiter-Schulmetenmüllvereins „Domfreiheit“ Kundgebung 17 Uhr. Referent Reichslagsabgeordneter Ottomar Gesele.

Sagan

Die kommunistische Kreislagsliste

Die kommunistische Partei hat für die Kreislagwahl, die zusammen mit der Stadtverordnetenwahl am 17. November stattfindet, folgende Vorschlagsliste eingereicht:

1. Karl Geyppert, Sagan, Transportarbeiter;
2. Georg Jungwirt, Sagan, Glanzmacher;
3. Emil Kappl, Sagan, Textilarbeiter;
4. Fritz Jander, Sagan, Schmied;
5. Martha Sieber, Sagan, Textilarbeiterin;
6. Clemens Bresin, Sagan, Textilarbeiter;
7. Herm. Hainke, Sagan, Textilarbeiter;
8. Karl Janus, Sagan, Steinbildner;
9. Oskar Kunert, Sagan, Bauarbeiter;
10. Otto Stahn, Sagan, Wagnerschiffe.

Auf der Liste stehen nur Arbeiter, keine Gutshöfner und Fabrikanten wie bei den Bürgerlichen, keine Gewerkschaftsbeamten und keine Staatsfunktionäre wie bei der Sozialdemokratie. Es ist eine wertvolle Arbeiterliste, und deshalb gehören ihr allein auch die Stimmen aller Arbeiter.

Haynau

Mißet den SPD-Korruptionsfall aus

Wie im Reiche, so stinkt der sozialdemokratische Korruptionsmist auch in Haynau. In fast allen Instituten und Arbeiterorganisationen, die von Sozialdemokraten geleitet werden, können wir fortlaufend Unregelmäßigkeiten und Unterschlagungen von Arbeitsgeldern feststellen. Um alle Fälle ausführlich wiederzugeben, würden wir ein vielseitiges Buch benötigen. Wir wollen uns deshalb für heute mit der Angabe einzelner Fälle begnügen und an folgende erinnern: Der Sozialdemokrat Behrens (jetzt Pleignitz) verstand es meisterhaft, sich mit Arbeitergroßen als Arbeitsnachweisverwalter zu bereichern. Im Konsumverein war es der Sozialdemokrat Sobel. Ihm folgte im letzten Monat sein Nachfolger, ein Sozialdemokrat aus Pleignitz. Und in der Volkshilfe, wie steht es dort? Deshalb mußte der Sozialdemokrat Rieger seine Funktion abgeben? Man munkelt von 1000 Mark. Sie sollen ja zwar gedeckt sein, aber gestimmt hat es auf keinen Fall. Im Volkshaus, na, dort konnte es ja vor lauter Alkoholnebel mit der Ordnung nicht mehr weit her sein. Die Abrechnungen wiesen teils Fehlbeträge auf, und der sozialdemokratische Dekonom Mücke mußte deshalb entlassen werden. Hinzu kommen noch ein halbes Duzend solcher Fälle in den einzelnen Gewerkschaften. In allen handelt es sich um Arbeitergroßen, mit denen sich die Sozialfaschisten ihr Leben „sozialisieren“ wollten. Hinzu kommt noch die politisch verurteilte Gefinnung einzelner sozialdemokratischer Führer vom Schlage „Karl“ (Spitzenkandidat).

Sozialdemokratische Wähler, ehrlich denkende Arbeiter! Wollt ihr diese Augenstände bestehen lassen und unterstützen, so müßt ihr am 17. November sozialdemokratisch wählen. Wollt ihr aber, und das nehmen wir bestimmt an, diesen Sauflast reinigen — so müßt ihr euch in die rote Front einreihen, Mitglied der kommunistischen Partei und Leiter der „Arbeiter-Zeitung“ werden und am 17. November eure Stimme nur der kommunistischen Liste geben. Halbt Abrechnung!



WERBE FÜR ALLE

Eine Veranstaltung, die alle angeht.

Wir lassen's uns etwas kosten, neue Kunden zu werben; aber wir haben mindestens ebensoviel dafür übrig, wenn's gilt, für unsere alten Freunde etwas Besonderes zu tun.

Alle, die „Petersdorff“-Qualitäten zu schätzen wissen, werden jetzt ein Wunder an Preiswürdigkeit erleben — neue Kunden sich überzeugen können, was es mit unserer vielberühmten Leistungsfähigkeit auf sich hat.

Und dann gib's noch eine Bomben-Ueberraschung —

Merken Sie sich vor:
Montag, d. 4. Novbr.
gech's los!

Rudolf Letersdorf

BRESLAU - OHLAUERSTRASSE - SCHUBROCKE

Kommunisten und Parlamentswahlen

Von Wilhelm Koenen.

Die SPD führt den Wahlkampf nicht in dem Glauben, durch die Gewinnung von Mandaten die Macht erobern zu können. Die SPD führt den Wahlkampf vielmehr, um ihre revolutionären Ziele zu propagieren, um die werktätigen Massen zum aktiven Kampf um proletarische Forderungen zu mobilisieren, und um ihre Parteiorganisation zu vertiefen und zu festigen.

Der Wahlkampf ist für die Kommunisten nur eine Gelegenheit mehr, an die breitesten Massen der Bevölkerung heranzukommen, um sie für die Tageskämpfe und für die Machtkämpfe über die Wahlen hinaus zu gewinnen. Der Wahlkampf ist eine Gelegenheit mehr, die Massen vom Klassencharakter des kapitalistischen Staates zu überzeugen und die Mehrheit der entscheidenden Schichten des Proletariats für die Zurücknahme dieses Staates zu gewinnen.

Ueber die reale Bedeutung der Teilnahme an allgemeinen Wahlen sagt Friedrich Engels bereits in seinem Werk: „Der Ursprung der Familie, des Staates und der Gesellschaft“:

„Das allgemeine Stimmrecht ist der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staate. Aber das genügt auch. An dem Tage, wo das Thermometer des allgemeinen Stimmrechts den Siedepunkt bei den Arbeitern anzeigt, wissen sie sowohl wie die Kapitalisten, woran sie sind.“

Es ist klar, daß dieser „Siedepunkt“ durch das „Thermometer des allgemeinen Stimmrechts“ nur dann angezeigt wird, wenn die revolutionäre Partei, also die SPD, die gewaltigsten Stimmenmassen, insbesondere in den proletarischen Gebieten, aufweist. Klaffend vollzog sich das, was Engels aussprach, im Oktober 1917 in Rußland, wo die Bolschewiki außer bei den Sowjetwahlen auch bei den Wahlen zur allgemeinen verfassunggebenden Nationalversammlung in den entscheidenden Städten und Industriegebieten die stärkste Partei wurden und ungewollt, fast die Mehrheit im Proletariat hatten. Das war ein Grund mehr für das Festhalten Lenins an dem bereits angelegten Termin des bevorstehenden Aufstandes, der entsprechend der allgemeinen Situation vorbereitet war und siegreich durchgeführt wurde.

Um so enger gilt es zu wachen und zu beachten, was damals Lenin über das allgemeine Wahlrecht sagte:

„Das allgemeine Wahlrecht ist ein Gradmesser für die Reife des Verhältnisses, das die verschiedenen Klassen ihren Aufgaben entgegenbringen. Es zeigt, wie die verschiedenen Klassen geneigt sind, ihre Aufgaben zu lösen. Die Lösung der Aufgabe selbst aber, kann nicht durch Abstimmung geschehen, sondern durch alle Normen des Klassenkampfes bis hinauf zum Aufstand!“

Der Inhalt unserer gesamten Wahlagitation muß deshalb gerichtet werden, die Massen in offenen Gegensatz zum Staat zu bringen. Die ganze Propaganda muß darauf eingestellt sein, den Massen das Wesen des Staates klarzumachen.

Nach Marx und Engels ist der Staat der Bourgeoisie „nur ein Ausschüß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet.“ (Kommunistisches Manifest.)

Er „ist nichts anderes als die organisierte Gesamtmacht der herrschenden Klasse, der Grundbesitzer und Kapitalisten, gegenüber den ausgebeuteten Klassen, den Bauern und Arbeitern.“ (Engels: Zur Wohnungsfrage.)

Er „ist nichts anderes als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch die andere, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie.“ (Engels: Vorwort zum „Bürgerkrieg in Frankreich“.)

Er „ist in allen Fällen wesentlich eine Maschine zur Wiederherstellung der unterdrückten und ausgebeuteten Klasse.“ (Engels: „Ursprung der Familie“.)

Die Gemeinde ist im Rahmen des kapitalistischen Staates nichts anderes als ein Teil dieses Unterdrückungsapparates, nichts anderes als ein Organ der Staatsgewalt der herrschenden kapitalistischen Klasse. Das spricht sogar der Polizeiminister Severing in seiner bekannten Feindschaft gegen jede Selbstverwaltung der Gemeinden offen aus. In seiner Regierungsvorlage zur Gemeindereform, die er 1921 dem Preussischen Landtag unterbreitete, heißt es wörtlich:

„Die Gemeinde ist ein organischer Teil des Staates, selbständiges Gebilde neben oder in ihm... Ihr Aufgabenkreis wird den Gemeinden und Gemeindeverbänden vom Staat übertragen.“

Als Polizeiminister der kapitalistischen Republik sagt hier der SPD-Mann Severing den Gemeinden mit aller Brutalität, daß sie „untertan sein sollen der Obrigkeit, die Gewalt über sie hat“. Indem er aber in dieser christlichen Weise klar und scharf den Massenstandpunkt der Bourgeoisie formuliert, bestätigt er gleichzeitig die Richtig-

keit unserer grundsätzlichen Einstellung, daß die Gemeinden auch in der Republik keinerlei Selbstbestimmungsrecht haben, sondern lediglich als Organe der Staatsgewalt fungieren.

Es kommt nur also noch darauf an, den breitesten Massen der werktätigen Bevölkerung immer mehr und immer klarer zum Bewußtsein zu bringen, daß der heutige Staat mit Severing und Osterling wirklich nichts anderes ist als die organisierte Gesamtmacht der herrschenden Klasse, der Grundbesitzer und Kapitalisten gegenüber den ausgebeuteten Klassen, den Arbeitern und Bauern.“ (Engels.)

Die SPD-Führer begreifen durchaus, daß in diesem Nachweis in der Gewinnung der Massen für diese Überzeugung die Hauptgefahr für ihre kapitalistische Republik liegt. Schrieb doch Eduard Bernstein in seiner 1902 erschienenen „Die und der Staat“ am 7. und 8. März 1920 im „Vorwärts“ folgenden Gerabegu tragikomischen Satz:

„Den Arbeitern erklären, daß die Republik Deutschlands ein Bourgeoisstaat ist, heißt, sie in verhängnisvoller Weise politisch irreführen.“

Grade darüber Klarheit zu schaffen, daß tatsächlich die Republik Deutschland ein Bourgeoisstaat ist, dem wir den proletarischen Staat, die Sowjetrepublik, entgegenstellen, das ist die Hauptaufgabe jedes Wahlkampfes wie jeder Massenaktion. Denn die Bewusstheit auch der breitesten Massen über die Wirklichkeit und die Sicherung derselben an dem Bestehen des heutigen Staatsapparates, jeder Wahlerfolg ist und nur ein neuer Anlauf im Kampfe gegen die kapitalistische Gesellschaft, gegen den kapitalistischen Staat. Jeder Wahlerfolg der Kommunisten wird auch von den herrschenden Parteien als eine Bedrohung ihres Staates, ihrer Autorität empfunden. Der kommunistische Stimmzettel wird damit zum prinzipiellen Protest gegen den kapitalistischen Staat und seine Herrschaft.

Massensturm empfängt Böß

Ueber die von uns gestern kurz gemeldete „Begrabung“ des Oberbürgermeister-Böß durch Berliner Arbeiter berichtet die „Kölnische Volkszeitung“:

Als gestern abend 9,20 Uhr der Zimmer- und Oberbürgermeister Böß mit dem Sonderzug von Bremen in Berlin ankam, wurde er auf dem Bahnhof Friedrichstraße durch Hunderte von Arbeitern begrüßt. Raum war er mit seiner Frau und seinem Begleiter ausgefüllt, als stürmische Ausrufe erschollten: „Schieber!“ „Betrüger!“ „Skandal-Freunde!“ usw. Auch seine Frau wurde nicht verschont: „Wenn du einmal deinen Kerk verschickst, so schenke ich dir!“

Plötzlich erschien Schupo auf dem Bahnhofsplatz und räumte ihn mit großer Brutalität. Das nützte aber nichts, denn vor dem Bahnhof stand eine noch viel größere Menge, die in nichtendender „Hul“-Aufe ausbrach, als Böß erschien. Er und seine Begleitung brühten sich schnell in ein Auto, aber noch im Abfahren hörte er den Massenruf: „Abrechnung mit dem Schieber-Magistrat und dem Schieber-Bürgermeister am 17. November!“

Brüß Stunden vor dem Berliner Empfang war Herr Böß mit der „Bremen“ in Bremerhaven angekommen. Auch dort hat es bei seinem Empfang eine eindrucksvolle Demonstration gegeben. Als das Schiff durch Schlepper an den Pier gezogen wurde, wurde von der Terrasse der Mollspitze eine 5 bis 6 Meter lange Fahne heraufgehakt, auf der geschrieben stand: „Skandal-Pelz für 4000 Mark.“ Die Fahne 4000 war durchgestrichen und darunter stand: „Für Herrn Böß nur 400 Mark.“

Demonstrationen vor der Dienstwohnung

Obwohl die Ankunft des Oberbürgermeisters von allen zuständigen Stellen streng geheim gehalten worden war, hatten sich vor der Dienstwohnung des Oberbürgermeisters Böß in der Leibnizstraße 105 in Charlottenburg zahlreiche Personen versammelt, von denen der Oberbürgermeister sehr scharf angegriffen wurde. Kommunisten waren zur Stelle, sie hatten sich sogar einen Sprecher mitgebracht.

Die Schupobeamten, die dort postiert waren, waren der Annäherung gegenüber vollkommen machtlos. Gegen 9,25 Uhr kam von Charlottenburg her das Dienstauto des Oberbürgermeisters, gefolgt von einem Ueberfallwagen der Polizei, und hielt vor dem Hause. In diesem Augenblick ging der Tumult der Demonstranten los. Gelbes Pulver ertönte und Ausrufe: „Nieder mit dem Schieber“, „Skandal-Genosse“ usw. Die Polizeibeamten sprangen in wenigen Sekunden von dem Ueberfallwagen herunter und brängten die Menge soweit zurück, daß sie wenigstens ein Spalier vom Hauseingang bis zum Bürgersteig bilden konnten, da die Demonstranten in immer schärferer Weise schimpften und Mene machten, gegen das Auto vorzurücken.

Ein Tafelervice dem Papste

Ein „Er-o-g“ der Koalitionspolitik der SPD.

Die Zentrumsblätter berichten freudestrahlend:

„Die deutsche Reichsregierung überreichte Papst Pius XI. zum goldenen Priesterjubiläum ein Tafelervice für 60 Personen, eine Nachbildung des roten Tafelervices Friedrichs des Großen aus den Jahren 1768/69, das in der Staatlichen Porzellanmanufaktur Berlin hergestellt worden ist. Das aus etwa 500 Einzelteilen bestehende, handgemalte Service ist zurzeit auf einige Tage in den Ausstellungs- und Verkaufsräumen der Manufaktur zur Besichtigung ausgestellt.“

Und diese Sozialdemokraten, diese Diener der Kirche, sollst du, Freidenkergenosse, wieder wählen. Hermann Müller, Wisfler, Hüfner und Severing wollen die echten Vertreter von Marx sein, der da sagte: „Religion ist das Opium für das Volk.“

Ein Tafelervice aus 500 Teilen schenken diese Sozialisten dem Papst. Dafür ist Geld vorhanden. Den Erwerbslosen, Kriegskentnern und Fürsorgempfangern kürzen dieselben Leute die Hungerrente. Und all das nennt die sozialdemokratische Presse „Hineinwachsen in den Sozialismus“. Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiter mit einem solchen Treiben endlich Schluss machen und diese Sorte Arbeitervertreter zum Teufel jagen.

Vormarsch der kommunistischen Truppen Schudes in Kwantung

Schanghai, 31. Oktober.

Songlonger Blättermeldungen zufolge entwickeln die kommunistischen Truppen unter dem Kommando Schudes eine lebhaftere Tätigkeit. Ihre Stärke beläuft sich gegenwärtig auf 20.000 Mann. Es wird auch berichtet, daß die Streikkräfte Schudes erfolgreich in die Provinz Kwantung eindringen und nur einen Tagesmarsch von Tschaochow entfernt sind, dessen Garnison erheblichen Widerstand nicht zu leisten vermag.

Im Gebiete von Heijung sind die etwa tausend Mann zählenden kommunistischen Abteilungen wieder in Tätigkeit getreten und haben bereits über 20 Dörfer besetzt. Die örtlichen Behörden suchen bei der Regierung der Provinz Kwantung nach, sofort Truppen zu entsenden.

Wie lebt der Arbeitslose in der Sowjetunion?

Tatsachen gegen sozialdemokratisch-zentrierte Klagen — Erwerbslosenfürsorge ohne Belastung der Arbeiter in Sowjetrußland

Nach dem vollzogenen Unterstufungsraub an den Erwerbslosen in Deutschland durch die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Nazi und die übrigen bürgerlichen Parteien, versuchen jetzt diese Verbrecher an den Kerntenden der Armen von ihren Schandtatzen abzulenken, indem sie in Wahlflugblättern usw. schwärzen, daß es den Arbeitslosen in der Sowjetunion noch schlechter ginge, als den Nationalisierungsoffern des deutschen Truflkapitals.

Jeder Erwerbslose kann auf Grund eines kurzen Vergleichs mit seinem Hungerelend in der „demokratischen“ Republik unter einer sozialfaschistisch-zentrierten Koalitionsregierung die bedeutend bessere Lage der Arbeitslosen im Lande der proletarischen Diktatur erkennen.

Werden im Verlaufe der sozialistischen Nationalisierung zur Beschleunigung des sozialistischen Aufbaues vorübergehend Arbeiter entlassen, dann erhalten sie drei Monate nach ihrer Entlassung von der roten Betriebsleitung ihren vollen Lohn ausbezahlt. Nach drei Monaten erhalten dann die Arbeiter zwei Drittel des Lohnes weiterbezahlt, bis dann nach einem halben Jahr Arbeitslosigkeit die üblichen Unterstufungslöhne in Kraft treten.

Die Dauer der Unterstufung beträgt neun Monate im ersten und gegebenenfalls im zweiten Jahre der Arbeitslosigkeit.

In der Regel ist der Unterstufungslohn 26 Rubel, gleich 52 Mark monatlich. Zu diesen Löhnen werden Familienzuschläge entsprechend der Familienstärke bis 35,10 Rubel, gleich 70,20 Mark bezahlt. Dazu kommen noch die üblichen Beihilfen, wie: Wohnung, verbilligtes Essen, verbilligte Straßenbahnfahrten, Freikarten für Theater, Kino usw. Selbst der sozialfaschistische Unterstufungsdrüber Sollmann muß in der „Achtelstündigen Zeitung“ zugeben:

„Die Arbeitslosenunterstufung wird in Rußland im Rahmen der Sozialversicherung gewährt. Die Beiträge zur Sozialversicherung werden ausschließlich von den Betriebsleitungen gezahlt.“

Schon diese wenigen Tatsachen genügen, um zu beweisen, daß die Realunterstufung im Arbeiterstaat bedeutend höher ist als in der kapitalistischen Hindenburg-Republik. Außerdem werden durch den Fünfjahresplan und die ununterbrochene Arbeitswoche vier bis fünf Millionen neue Arbeitskräfte in den Produktionsprozess eingereiht und wird dadurch die Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion immer mehr vermindert bis zu ihrer völligen Beseitigung, während sie in Deutschland infolge der ausbeuterischen kapitalistischen Nationalisierung immer zierlicher werden wird.

5% RABATT
in Marken
Großverbraucher Vorzugpreise

Großer Kaffee-Preisabschlag.

alle Sorten 20 Pfg. billiger.

KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT



Ueber 1000 Kunden

Oberschlesien

Aus dem Gleiwitzer Sklareksumpf

Steuersekretär bis auf die Knochen korrumpiert

Unsere Enthüllungen über den Sumpf in der Stadtverwaltung Gleiwitz legen wir mit diesem Artikel weiter fort. Der Oberbürgermeister Dr. Geisler hat inzwischen den ersten Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“ publiziert. Wir sind neugierig, ob er sprachlos bleiben wird.

Auch in der städtischen Steuerklasse kauft es. Dort ist ein Herr Stadtschreiber Widzial beschäftigt. Über diesen Herrn und sein Treiben wollen wir heute die Öffentlichkeit ein wenig aufmerksam machen.

Herr Widzial steht zu einem hiesigen Bädermeister und Hausbesitzer in sehr freundschaftlichen Beziehungen. Nun wäre an und für sich nichts weiter dabei. Dieser Bädermeister hat aber vor dem freundschaftlichen Verhältnis mit dem Herrn Stadtschreiber M. seine Haussteuer sehr pünktlich bezahlt. Auf den Ratssitzungen Herr M. ist es bei dem Bädermeister aber mit seiner Haussteuer im Rückstand. Annähernd 6000 Mark schuldet heute der Herr Bädermeister der Stadt an Steuern.

Der Herr M. verspricht dem braven Bädermeister, dafür einzutreten, daß die Steuerschulden von der Stadt niedergelassen werden. Herr M. ist dafür kühniger Gaß bei diesem Bädermeister. Bald darauf, die er dort eintritt, braucht er nicht zu bezahlen. Auch sonst läßt Herr M. den Bädermeister für sein liebliches Wohl sorgen. Oft finden bei dem Bädermeister zu Ehren seines Gutes, des Herrn M., gefestete Feste und Saufgelage statt. Herr M. nahm bei weiteren von dem Bädermeister größere Geldbeträge in Empfang, die er zwar zurückzahlen versprochen, bis jetzt aber kein Wort mehr von sich gibt. Beim Vorgehen vertritt Herr M. immer, daß er doch dafür eintritt, daß dem Geldgeber die Haussteuer niedergelassen werde.

Die Freundschaft des Herrn M. mit dem Bädermeister hat bis jetzt, daß die Stadt auch wirklich den Bädermeister die Haussteuer von 6000 Mark Rückstand in Raten von je 50 Mark monatlich abzahlen läßt. Wenn Jahre mühte also das brave Bäderlein zahlen, bevor es seine alten Schulden an die Stadt bezahlt hat. Der Magistrat findet dabei anscheinend nichts.

Auf der anderen Seite geht der Magistrat aber in der rigorosesten Weise vor. Ein anderer Hausbesitzer war nur mit 100 Mark Haussteuer bei der Stadt im Rückstand. Diesem wurde zwar auch eine Ratenzahlung, aber von 100 Mark pro Monat gestattet. Als er aber die erste Rate nicht pünktlich zahlen konnte, wurden ihm nach einigen Tagen gleich die Mieten gepfändet. Nun, wir finden absolut nichts daran, wenn der Magistrat seine Steuern von den Hausbesitzern pünktlich herinholte, aber warum macht der Magistrat dann Ausnahmen?

Herr Widzial hat inzwischen schon Kunde gemacht, daß die „Arbeiter-Zeitung“ ihn unter die Lupe nehmen würde. Aus Vorsichtnahme ist er darum zu diesem Bädermeister (dessen Namen wir kennen, aber vorläufig nicht veröffentlichen) gelaufen, und bekräftigt ihm, daß er ja nichts sagen solle, daß er (M.) von ihm etwas erhalten habe.

Sollte in diesem Falle auch nur der eine korrumpierte Beamte vorhanden sein, Herr Bürgermeister? Kann ein Beamter soviel Macht haben, daß solche Schweinereien geschehen können? Wir glauben das nicht. Und ist dieser Fall ein neuer Beweis dafür, daß in der Gleiwitzer Stadtverwaltung ein Korruptions-Sumpf existieren muß. Diese von uns bis jetzt angeführten Fälle liegen doch so klar da, daß sie eine richtig geführte Verwaltung unbedingt hätte sehen müssen. Warum geschah das nicht, Herr Bürgermeister? Reichen etwa diese Korruptions- und Unterschlagungsakten bis zu den höchsten Beamten hinauf?

Herr Oberbürgermeister Dr. Geisler, wie lange wollen Sie noch diesen Korruptionssumpf tröten? Es ist unserer Ansicht an der Zeit, daß Sie unter solchen Umständen Ihren Zentrumsstern verlassen!

Mit dieser neuerlichen Schweinerei in der Gleiwitzer Stadtverwaltung betrachten wir unsere Enthüllungen noch nicht als erschöpft. Wir wollen jetzt zwar einige Tage abwarten, was der Magistrat bzw. die Regierung zu diesen Schweinereien sagen wird. In der nächsten Woche werden wir dann unsere Veröffentlichungen fortsetzen.

Gleiwitz

Genossen, wir werden!

Morgen Sonntag ist die bekannt erste Großveranstaltung. Alle Genossen müssen sich an der Werbung beteiligen. Die Jellenningslieder treffen sich alle vormittags 9 Uhr, und zwar:

- Jelle Zentrum am Lokal „Stadt Wien“
- Jelle Hütte beim Genossen Bellel
- Jelle Petersdorf am Lokal Ratsche
- Jelle Lynnel am Lokal „Goldener Stern“

Die übrigen Jellen werden nach der Vereinbarung, wie sie es beschlossen haben.

Die Werbegergebnisse sind spätestens bis Montag vormittag dem Parteibüro mitzuteilen.

Hindenburg

Bertätigte Männer und Frauen!

Heraus zu den Revolutions-Feiern der Kommunistischen Partei!

Für Bischofs: Am Sonntag, dem 3. November, abends 7 (19) Uhr, im Saale der „Gemeinde-Gaststätte“.

Für Hindenburg: Am Donnerstag, dem 7. November, abends 8 (20) Uhr, im Saale „Giebers Konzerthaus“, Kronprinzengasse.

Für Jaberge: Am Sonntag, dem 10. November, abends 6 (18) Uhr, im Saale des Herrn Ortkemper, Brojastraße.

Am Donnerstag, dem 7. November, abends 7 (19) Uhr, öffentliche Kundgebung auf dem Reitersteinplatz. Anschließend Fackelzug.

Bertätigte, zeigt durch Massenbesuch der Veranstaltungen euren Willen zum Schutz der Sowjetunion, für die proletarische Revolution!

Kommunisten können totgeschlagen werden

In dem Bericht von dem feigen, brutalen Überfall auf den Genossen Jaregyl erhalten wir noch folgende interessante Feststellungen:

Die bestesste Bande nationalsozialistischer Ströbe überfiel ohne jeden Grund den Genossen J. Mit einem eisernen Haken und anderen Wuchsinstrumenten wurde auf den Überfallenen eingeschlagen. Die Runden schlugen solange, bis Genosse J. blutüberströmt und bewußtlos liegen blieb. Beständig riefte ihn die Bande oder noch weiter so. Auf dem Befehlswort wurde nach herangetreten und er mit den Stiefelspitzen bearbeitet. Passanten, die das sahen, forderten den Portier der Gaststätte auf, das Überfallkommando anzuhalten, da sich keine Polizei sehen ließ. Der Portier der Gaststätte weigerte sich aber, die Polizei anzufragen. Bisherig fand er gar mit den Machgeheßen in Verbindung.

Kommunisten können also totgeschlagen werden, ohne daß sich jemand darum kümmert. Die Polizei hat es bis jetzt auch noch nicht für nötig befunden, in dieser Angelegenheit etwas zu unternehmen, weil es eben ein Kommunist war, der bald totgeschlagen wurde. Nun, die Arbeiterschaft weiß daraus wieder die Lehre: Sie ist nur auf sich selbst angewiesen und wird sich auch selbst zu schützen wissen.

Handtaschen im Autobus

Zu der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Oktober 1929 sind nachstehend aufgeführte Gegenstände in den städtischen Omnibussen gefunden worden: 1 Dametasche (mod), 3 Rucksäcke, 1 Notizheft, 1 Paket (enthaltend 2 Schachtel Zigaretten, 1 Stück Seife, 1 Wunderschreibstift, 1 Kullstift, 1 Paket Wäsche), 1 braune Aktentasche, 1 grauer Damenschirm. Eigentumsansprüche im Gadowitz, Halbenstraße 7.

Beuthen

Arbeitermörder bleiben ungeschoren, Kommunisten werden verklagt

Anlässlich des Arbeitermordes beim Hallenbadbau veranstaltete die SPD eine Kundgebung und ließ ebenfalls im Magistrat vor. Genosse Dzygmalia sprach bei dieser Kundgebung. Weil er die Schulden als Arbeitermörder bezeichnete, wurde er wieder in die Klauen der Massenjustiz getrieben. Die Massenjustiz fabriziert heute schon die Anklage gegen Genossen Dzygmalia. Dagegen hört man nichts von einer positiven Anklage gegen die Arbeitermörder.

Arbeiter, protestiert aufs schärfste gegen diese Missetaten gegen Kommunisten. Schließt euch der SPD an und kämpft für die völlige Vernichtung der mordenden Ausbeuter und ihrer Massenjustiz.

Miedowitz

Neue Unglücksfälle auf Breuzengrube

A. R. Vor ungefähr zwei Monaten hat der Gruben-„Deponom“, Oberingenieur Breuz, an dem Aufzuge im Tagesbetrieb eine neue Patenteinrichtung einbauen lassen, die die Ausschaltung des Stromes automatisch vornimmt. Vor drei Wochen wurden diese Arbeiten am Aufzug I (Bergaufzug) beendet. Laut bergpolizeilicher Vorschriften durfte der Aufzug aber noch nicht benutzt werden, weil die Anlageneinrichtungen nach den Unfallverhütungsvorschriften mangelhaft angebracht ist. Trotz dieses Mangels muß aber wahrscheinlich auf Anordnung des Herrn Breuz dieser Aufzug gefahren werden. Gleich am ersten Tage geschah auch hier ein Unglück. Der „automatische“ Hebel ließ den Aufzug in Bewegung, obwohl die Wagen erst halb auf der Schale waren. Die Wagen wurden heruntergerissen.

Der Maschinenmeister versprach zwar, das zu ändern, aber bis heute ist es beim alten geblieben. Infolge der großen Unfallgefahr sind die den Aufzug bedienenden Kameraden gezwungen, sehr vorsichtig zu arbeiten. Selbstverständlich geht daher die Arbeit etwas langsamer voran. Das gefällt aber den Antreibern nicht, und sie versuchen mit Gewalt die Arbeit zu beschleunigen.

Unglücke werden dabei unvermeidlich sein. Kameraden, laßt euch nicht in den Tod treiben. Verlangt vollste Sicherheit für euer Leben.

Patschkau

Kaisal der SPD

Am 28. Oktober veranstaltete das hiesige Ortskartell unter Führung der SPD eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung mit dem Thema: „Der erfolgreiche Kampf der freien Gewerkschaften gegen die Segner des Gewerkschaftsversicherungsgesetzes.“ Aber, o Schreck, von den 700-800 (ohne das Staubden Ottmachau) gewerkschaftlich organisierten Gewerkschaftlern waren ganze 9 Mann erschienen, und sehr langsam erhobte sich die Zahl auf 26. Mit einflussreicher Beteiligung erschien der Referent, Bezirksarbeitssekretär

... auf ... welcher sich für den Bundtagsabgeordneten ... der dem Antrag für diese Verammlung vorgelesen ... die Vorbeeren in Potsdam holen wollte. Gleich nach Beginn ... Referat erschienen vier Mann in feucht-schweißiger Stimmung, und ... was war das in Kommunistenbege übergegangen Referat. Da aber ... ein Betrettsprechen durch das laute Verhalten dieser vier Mann ... nicht möglich war, mußten sie aufgefordert werden, den Saal zu verlassen. Und siehe da! Unter diesen vier Mann befand sich der ... SPD-Stadtvorordnete und Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Altman. So steht der von Korruption stinkende ... Stadt der SPD aus. In der Diskussion bekam der Redner von unserem Genossen Krabi die gebührende Antwort.

Arbeiter von Patschkau, kurz vor den Wahlen versucht die SPD durch solche Mandat-Stimmungen für sich zu machen. Doch ihr habt es schon zur Genüge erkennen müssen, wie oft ihr von dieser Sorte Arbeitervertreter verlastet und verraten worden seid. Der leere Saal war die beste Antwort für solche Demagogen. Kommt Donnerstag, den 14. November, um 20 Uhr in die im „Deutschen Hause“ stattfindende öffentliche Wahlversammlung der Kommunistischen Partei, in welcher dieser von Korruption stinkende Saal der SPD, auch hier am Ort ausgemistet wird.

Ratibor

Wozu im Reich und in der Provinz Geld vorhanden ist

Bei jeder Forderung der Arbeiterschaft an die Kommunen sowie an den Freistaat und die Provinz oder das Reich wird erklärt, daß kein Geld vorhanden ist, während feststeht, daß Tausende von Mark für unsoziale Zwecke im Interesse der kapitalistischen Klasse verpulvert werden. Zu was Geld vorhanden ist, zeigt folgendes: Im Staatsjahr 1928 verbrauchte der Reichstag 8,84 Millionen Mark. Das Auswärtige Amt kostete im Staatsjahr 1928 rund 84,7 Millionen Mark. An der Spitze des Auswärtigen Amtes steht der Außenminister, der allein als Reichsminister 38 000 Mark Gehalt, 8000 Mk. Aufwandsgehalt, 50 000 Mk. für besondere repräsentative Aufwendungen, insgesamt 94 000 Mark erhält, oder etwa soviel wie die Ausgaben für über 110 Arbeitelose im Jahre betragen. Der Reichsanwalt Müller (SPD) erhält neben freier Dienstwohnung 45 000 Mark Gehalt, 18 000 Mark Aufwandsgehalt, 40 000 Mark für besondere repräsentative Aufwendungen und 10 000 Mark für unvorhergesehene Ausgaben, insgesamt 113 000 Mark. Zusammen müssen die Steuerzahler für Reichspräsident, Reichsanwalt, Auswärtiges Amt und Reichstag im Staatsjahr 1928 ganze 77,8 Millionen Mark aufbringen. Die Minister, Präsidenten usw. beziehen diesen Gehälter aus den Steuergroschen der Werktätigen.

Der Landeshaupmann der Provinz Oberschlesien, Piontel, bezieht mit Aufwandszuschüßigungen usw. die Summe von ungefähr 50 000 Mark. Bürgermeister und Oberbürgermeister, wie Ratibor, beziehen Gehälter von 18 000 bis 24 000 Mark jährlich. Nach dem Haushaltsplan 1929 der Provinz Oberschlesien wird dem Oberschlesischen Theater ein Zuschuß von 50 000 Mark gewährt und zur Förderung des „deutschen Liedes“ 20 000 Mark, dem „Bund für Mutterjahre“ sowie dem „Verein für das Deutschtum“ 6000 Mark bewilligt. Das sind einige Posten aus dem Haushaltsplan, die zeigen, für was man Geld übrig hat. Für die wertvollen Schichten hat man nur den Hungerriemen und den Strid. Vor kurzem wurde bei Annaberg das Kreis-Kriegerdenkmal eingeweiht, wozu der Kreis ebenfalls Tausende von Mark zugestrichen hat. Das Denkmal wird ungefähr 40 000 Mark kosten, während soviel lebendige „Kriegerdenkmäler“ wie Kriegerstrümpf, Hinterbliebene usw., die man langsam verhungern läßt, herumlaufen, denen man aber mit 40 000 Mark einigermaßen helfen könnte.

Alle Anträge der Kommunisten im Reichstag und Provinziallandtag für die Sozial- und Kleinrentner sowie die Arbeitslosen wurden vom Zentrum und den deutschnationalen, einschließlichen Sozialdemokraten, mit der üblichen Begründung, daß kein Geld vorhanden sei, abgelehnt. Die Werktätigen werden am 17. November dieser Ausbeuterclique durch die Wahl von Kommunisten als dem Ausdruck ihres Kampfwillens zur Vernichtung der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaftsordnung beweisen, daß sie nicht mehr gewillt sind, sich widerstandslos dem kapitalistischen Joch zu beugen. Darüber hinaus müssen sich die Klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen der SPD zum kühnen Kampf bis zur Beseitigung des heutigen Systems anschließen.

Stlaretpfarrer Wolff, Mar'owiz, lobt

Es ist nicht leicht, katholischer Pfarrer, deutschnationales MdB und gleichzeitig Freund der Stlaretschieber zu sein. Der Pfarrer Wolff, Mar'owiz, mußte das an seinem eigenen, vollgestreiften Bauchlein spüren. Ihm ist nämlich auf Grund der Veröffentlichungen unserer Presse der Appetit verborben worden. Sein Nimbus ist hin, darum tobt er jetzt. Die Kanzel in der Kirche benutzt der jetzt dazu, um sich reinzuwaschen. Fromme Leute, die sich seine Stlaretpredigt anhören, sagen, daß sich dabei in der Kirche die Bullen bogen. Natürlich schimpft der Stlaretpfarrer besonders auf die Kommunisten. „Schweine sind das, die mit dem Nüssel den Dred aufwühlen“, und „Tataren“ nennt der Stlaretpfarrer alle diejenigen, die ein wenig den Mantel der christlichen Nächstenliebe bei ihm lüfteten. Zu seiner Unterstützung nahm sich der Stlaretpfarrer noch einen Franziskaner, der seine Tiraden in polnischer Sprache vortrug.

Nur gemacht, Herr Stlaretpfarrer. Töben Sie nur weiter. Die Arbeiterschaft wird die Antwort nicht schuldig bleiben.

Witka-Knechte in Solornia an der Arbeit

A. R. Das Nachhaken der noch jungen Ortsgruppe der SPD in Solornia sehen die Zentrumsleute mit Bangen. Erst Sonntag fand eine gut besuchte Versammlung hier statt, in der Genosse Koni'g Ratibor mit dem Zentrum abrechnete. Die Aufstellung einer Arbeiter- und Bauernliste zu den Kommunalwahlen brachte die beiden Zentrumsleute, den Gemeindevorsteher und den Lehrer Biaton, ganz aus dem Häuschen. Acht Tage nach der Einreichung der Liste schickten die beiden unsere Liste beanstandet zurück. Daß die Liste ganz dreidig gemacht wurde, erwähnen wir nur nebenbei. Jetzt haben wir aber eine „rote Arbeiter- und Bauernliste“ eingereicht. Jetzt werden wohl die Witka-Männer auf andere Schilfen sitzen. Aber auch hier werden die Werktätigen in der revolutionären Front stehen und allen Kapitalistenknechten den Dred geben.

Gebr. Adler / Gaststätten in allen Stadtteilen

Eigene Likörfabrik / Eigene Mineralwasserfabrik / Eigene Wurstfabrik

Witz und Satire

In der bekannten Kolonistelle für vaterländischen Gemütsdünger, der „Schlesischen Zeitung“, schreibt eine südehne Dame namens Charlotte Kuhl von Kaldstein einen „Berliner Brief“. Nun ist es ja an sich recht gleichgültig, wie läßt der Kolonist sein, der sich an den Hirnwänden der Berliner Gedebane abgelagert hat. Aber sie schreibt derartig turkische Zeug zusammen, daß wir sie uns doch ein wenig begnügen wollen. Da geht es zunächst um die Kirche der orthodoxen russischen Emigranten in Berlin, die kürzlich wegen Ueberführung verweigert werden sollte. Inzwischen hat sich das bekanntlich dadurch etwas verzögert, daß unsere frommen „Poltschak“-Chefs Krawall ebenso frommer Parteigenosse Berglebel der Rosenzweig-Gesellschaft eine öffentliche Sammlung genehmigte. Trotzdem meint die Berliner Briefschreiberin, es sei immerhin sonderbar, daß ein „Gott geweihtes Haus“ meistbietend verankontet werden müsse. Unschelmend will sie damit sagen, daß es mit der Wunderkraft des russischen Gottes nicht weit her sein könne. Der deutsche Gott löst ja bekanntlich Eisen wachsen, und da ist es wirklich nicht einzusehen, warum der russische nicht die Menge Silber wachsen lassen will, die zur Bezahlung der Schulden nötig ist. Denn es kann doch dem orthodoxen Manne unmöglich egal sein, wenn das Zwischenschloß nun in die Hände der III. Bolschewisten fällt. Nach der läßlichen Kaldstein scheint das so zu werden, schreibt sie doch:

„Immerhin soll das Gotteshaus unangetastet bleiben, aber es wird aus dem Besitz der orthodoxen Emigrantengemeinde vermutlich in den einer bolschewistischen Kirchenorganisation übergehen.“

Und einer an: bolschewistische Kirchenorganisation. Das schreibende Adelweib hat wohl noch nichts davon gehört, daß unsere russischen Genossen aus den Kirchen genannten, Verdummungsanstalten Arbeiterklubhäuser und Kinderheime machen. Eine bolschewistische Organisation, die sich mit Kirchen befaßt, kann nur den einen Zweck haben: diese Häuser mit Zwischenschloß einer vernünftigen Verwendung zuzuführen. Aber die Frau wird am Ende gar nicht so bumm sein, wie sie sich stellen muß, um Gnade vor den Augen der Volksbegehr-Redakteure von der Schmiedliger Straße zu finden. Denn sie schreibt am Schluß von den „unheilvollen“ Auswirkungen der kommunistischen Kinderzettelung, „Die Ersmehr“, die in Berlin dazu geführt hätten, daß die Kinder sogar eine Schulinschrift „Gott zur Ehr“ entfernt hätten. Unschelmend gebührt diese Kinder also nicht der „bolschewistischen Kirchenorganisation“ an. Schreibe zur recht vorzüglich, Kühle Charlotte, sonst spucken sie dir noch einmal auf den Kaldstein!

Nachdem die Witz und Colone viel Geld weggetragen haben und außerdem die Witz sehr dicht vor der Tür stehen, hat unsere weise Stadtregierung wieder einmal die altbewährte Parole ausgegeben: Sparen! Sparen! in der Not, so fahre mit der Zeit — das heißt, wenn nicht wieder mal ein Meyer oder eine Justizian kommt. Jedenfalls wird jetzt fürs erste mit vereinter Kraft gespart. Der sogenannte „Witzparl“ war da ein guter Ausfall. Wenn auch die städtischen Arbeiter im allgemeinen nicht sparen können, so gibt es doch einige städtische Schwerarbeiter, die nach dem Grundgesetz leben: „Ich spare für euch alle.“ Einer davon ist unser gewarter Vorsteher Karl Wache, dessen anwachsendes Sparfassenbuch jetzt, in wie rasendem Tempo wir von Geldstein und den Seinen dem „Sozialismus“ entgegen getrieben werden, dem Sozialismus der Bürgermeister mit 700 Mark Wochenlohn. Aber wir wollen ja mehr von der Sparfähigkeit der Kommune sprechen. Da hat vor ein paar Tagen ein Herr von der Straßenbahn der Presse über den Winterfahrplan jener Behörde erzählt, die bei einigen Kälteproben wieder als tollende Gefrierkisten fungieren werden: Sie sollen jetzt unserem Großstadtverkehr durch Steigerung der Fahrgeschwindigkeit neue Belebung geben. So wird die Fahrzeit Lake Krage — Oskoh um 1 Minute, in Worten: eine Minute, verkürzt. Hoffentlich werden wir bei dieser gesteigerten Geschwindigkeit auf der Linie 15 nicht seelkrank! Doch das ist nicht die Hauptsache. Vor allem dient der Winterfahrplan der Städtischen Straßenbahn dazu, Ersparnisse zu erzielen. Man macht das nach beflagtem Herrn in der Weise, daß man durch Verkürzung von Linien einige Wagen weniger laufen läßt. Pro Wagen und Jahr ergibt das eine Ersparnis von 45 000 Mark. Diese geniale Finanzaktion eröffnet ganz neue Perspektiven bezüglich der kommunalen Geldbeschaffung. Angenommen, das Defizit der „Wusa“ beläuft sich auf 2 Millionen Mark. Dann braucht man nur 45 Motowagen aus dem Verkehr zu ziehen, und schon ist der Betrag zur Deckung des Mantos vorhanden. Ja, unsere kommunalen Finanzpolitiker haben noch Ideen. Die Stadt Schilde würde ihnen dafür das Ehrenbürgerrecht verleihen.

Was wir als bescheidene Hoffnung angedeutet hatten, ist sehr schnell erfüllt worden. Herr Reinhold Dars hat durch die Anschaffung von Rechenmaschinen bei der „Poltschak“ sein dieberes Köppchen entlastet bekommen. Jetzt rechnet die Maschine die Zahl der Schritte aus, die noch fehlen, bis Breslau eine „sozialistische“ Kommune sein wird. Und so hat Reinholdchen wieder Mühe, die Defizitkarte durch seine Rechenproduktion zu erlösen. Ein solches neues Meisterwerk dichterischer Dichtkunst finden wir in der „Poltschak“.

„Wohl“ von Leipzig... poel nicht die sprichenden Malenblümlein, auch nicht die schwarzen goldenen Astförmigen des republikanischen Kulturkloß — nein, die handelt sich in seinem Song einen öffentlichen Witz... Es besleichen lieh. „Reda“ singt: „Es wäscht im dunklen Kistla der Reges sich mit Seele. Mit Schmiergeld wusch die Hände sich der Schwarzweißrote Kesse. Er wusch sich hier auch den Hals bei Kitzling ober Juche. Bis anonym es einer schrieb dem Bürgermeister Wache.“ Daraus sieht man, wie es höchste Zeit war, daß die Sozialisten Herrn Wache zum Bürgermeister gemacht haben. Denn sonst hätte ja unser Gedichtmacher Dars die Zeit seines anständigen Mannes auf Grunde gefunden. Uebrigens sollte Dars auf die Kitzlingen Kitzlungen nicht gar so neidisch sein. Denn was dem einen sein Kitzling ist, dem andern sein Gemeinheitsbürgermeister. Wie im Schmiedliger Keller soll Reinhold schon öfters eine gründliche Kitzlinge vorgenommen haben. Was nur kein Meib. Wir schreien mit einer Umdeutung von Dantschens Bödem: „Es wäscht am Krändelplatz sich Dars mit stänklich Pügentee und singt dabei vom Schmiergeld, das ergattert hat Herr Reges Gang schön. Doch leider er verdirbt von Schmiergeld was zu singen, weil die das Buch der Expedien in ihren Handbändel schwingen.“

Arbeitersport-Vorschau

Um die Fußballmeisterschaft des 1. Bezirks

Am Sonntag nach dem Spartatag an der Promnitzstraße ist die Parole der Anhänger des Arbeitersports. Wieder einmal sind die Serienspiele der Arbeitersportler abgeschlossen. Die Gruppenspiele stehen in Stern, WSA und WSA. Witz fest. Diese Mannschaften spielen im Rundensystem den Bezirksmeister aus. Die Entscheidung liegt dieses Jahr zwischen WSA und Stern. Zwei Mannschaften mit vollständig verschiedener Spielweise treffen am Sonntag aufeinander. Unmöglich ist es, einen voraussichtlichen Sieger zu nennen, da beide Mannschaften in stärkester Belegung antreten werden. Infolge der großen Bedeutung dieses Spieles treten die am Vormittag zum Austrag kommenden Gesellschaftsspiele etwas in den Hintergrund. Wichtig für die Tabelle der A-Gruppe ist das vor dem Bezirksmeisterschaftsspiel zum Austrag kommende Protestspiel Halle gegen Siloskiders. Dieses Spiel beginnt um 12.30 Uhr auf dem Spartatag.

Gesellschaftsspiele

- 9.00: 1928 II — Fr. Sportfreunde II, Goldschmieden, Hampel.
- 10.30: 1928 I — Fr. Sportfreunde I, Goldschmieden, Blütke.
- 10.00: Siloskiders 1. Jgd. — Stern 1. Jgd., Stadion, Hübner R.
- 9.00: Siloskiders 2. Jgd. — Stern 2. Jgd., Stadion, Hübner R.
- 8.30: WSA II — Vorwärts II, Niemannhöhe, Hoffmann W.
- 10.00: WSA I — Vorwärts I, Niemannhöhe, Kronig.
- 9.30: West III — WSA IV, Eichenpark, Sagale W.
- 10.00: WSA II — WSA II, Weibelpark, Wende.
- 9.00: Sturm Jgd. — WSA Jgd., Maria-Höfchen, Hoffmann W.
- 10.00: Sturm III — WSA III, Maria-Höfchen, Jeschall.
- 8.30: WSA 2. Jgd. — Sturm 2. Jgd., Klein-Gandau, Kottwitz.
- 11.00: WSA Schüler — 1928 Schüler, Klein-Gandau, Verein.
- 10.00: Freiheit Jgd. — Union Jgd., Gröschelwiese, Demmig.
- 10.00: Wader II — Union II, Gröschelwiese, Großert.
- 9.30: Union III — Wader III, Deutsch-Dissa, Klose R.
- 9.00: Einigkeit Jgd. — WSA Jgd., Gr. Moßbarn, Knobloch.
- 10.00: Einigkeit I — WSA I, Gr. Moßbarn, Kase.
- 10.00: Fr. Sportfreunde III — Stern III, Hanzholzstraße, Kuras.
- 10.00: Stern II — Hertha-Werleg II, Handenberg, Kitzibel.
- 8.30: Hertha II — Wratklowia II, Gröschchen, Ritter R.
- 10.00: Hertha I — Wratklowia I, Gröschchen, Wornbit.
- 10.00: Hundsfield I — Tröbnitz I, Hundsfield, Salastowitz.
- 8.30: Hundsfield Jgd. — Tröbnitz Jgd., Hundsfield, Salastowitz.
- 9.30: Dömitz II — Freiheit II, Dömitz, Pohl W.

Handball

Die erste Halbserie geht dem Ende entgegen. In beiden Gruppen wird noch heiß um die Spitze gekämpft. Bei der Besatzung kommt am Sonntag das von größtem Interesse und Bedeutung Spiel des Tages zum Austrag. Es ist dies das Spiel Hübner I gegen 5. Abteilung. Beide Mannschaften sind an Spielstärke gleich, doch mit einem knappen Vorrang zu rechnen ist. Jedenfalls ist am Sonntag in Moßbarn (H.S. Platz) mit einem Spiel großen Formates zu rechnen. — Auch im Eichenpark wird im Spiel 1. WSA gegen 1928 I mit Eifer gekämpft werden. Beide Mannschaften bringen die Punkte sehr notwendig, um nicht am Ende der Tabelle zu landen. — Im Spiel Gandau I gegen Nordost I ist an einem Siege Gandaus kaum zu zweifeln. — Bei der D-Gruppe sind die Spiele ziemlich gleich verteilt. Im Eichenpark sind 7. WSA I und 2. WSA I die Gegner. Die 7. Abteilung wird sich sehr anstrengen müssen, um gegen 2. Abteilung den Sieger zu stellen, denn die 2. Abteilung ist sehr unerschütterlich. — In den Spielen 8. WSA I gegen Hübner I und 1807 I gegen 6. Abteilung I ist mit einem Siege von Hübner und der 6. Abteilung zu rechnen. — Bei den Sportlerinnen der W-Klasse werden 3. Abteilung, 4. Abteilung und Freiheit ihren Gegnern das Nachsehen geben. In der Männer B- und C-Klasse sowie Jugend A- und B-Klasse und Sportlerinnen B-Klasse werden die Spitzenvereine versuchen, ihre Position weiter zu verbessern.

Vereine und Abteilungen! Der Handballbezirksspielleiter, Hg. Fritz Feist, wohnt von jetzt ab Breslau-Neulich, Mühlstraße 1.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer. Sonntag Nachmittagslout. Start 13 Uhr Ring. Ziel wird daselbst bekanntgegeben. Motorradfahrerabteilung: Sonntag Tageslout nach dem Schiefertal. Start 8 Uhr am Vereinslokal „Hubertus“, Friedrich-Wilhelm-Straße 32.

Freie Sichtfreunde. Heute, Sonnabend, Gymnastikturnus, Margaretenstraße, Tautenkienstraße Ecke Grünstraße.

Freiburg. Freie Turnerschaft und Schwimmer. Sonnabend 20 Uhr im Gasthof „Zum Kronprinz“ Mitgliederversammlung. Tagesordnung wird daselbst bekanntgegeben.



Bezug.
Richter, zum bezahlten Herausnehmer: „Sie haben den Gerichtsvollzieher aus der Wohnung geschmissen und verprügelt! Wie kamen Sie dazu? Der Mann hat doch nur seine Pflicht getan!“
Angellagter: „Ja auch, Herr Richter!“



Aus großer Zeit.
Pitt und Hein hatten eine Mauer aufzurichten für die Hungerarm des Stades, von wegen der Rückenbelleterung. Da sagt plötzlich Hein auf der einen Seite der Mauer zu Pitt auf der anderen Seite der Mauer: „Se, Pitt, hörste mich?“
Pitt: „Ja!“
Hein: „Stehste mich auch?“
Pitt: „Enä!“
Hein: „Dann is die Mauer jut!“

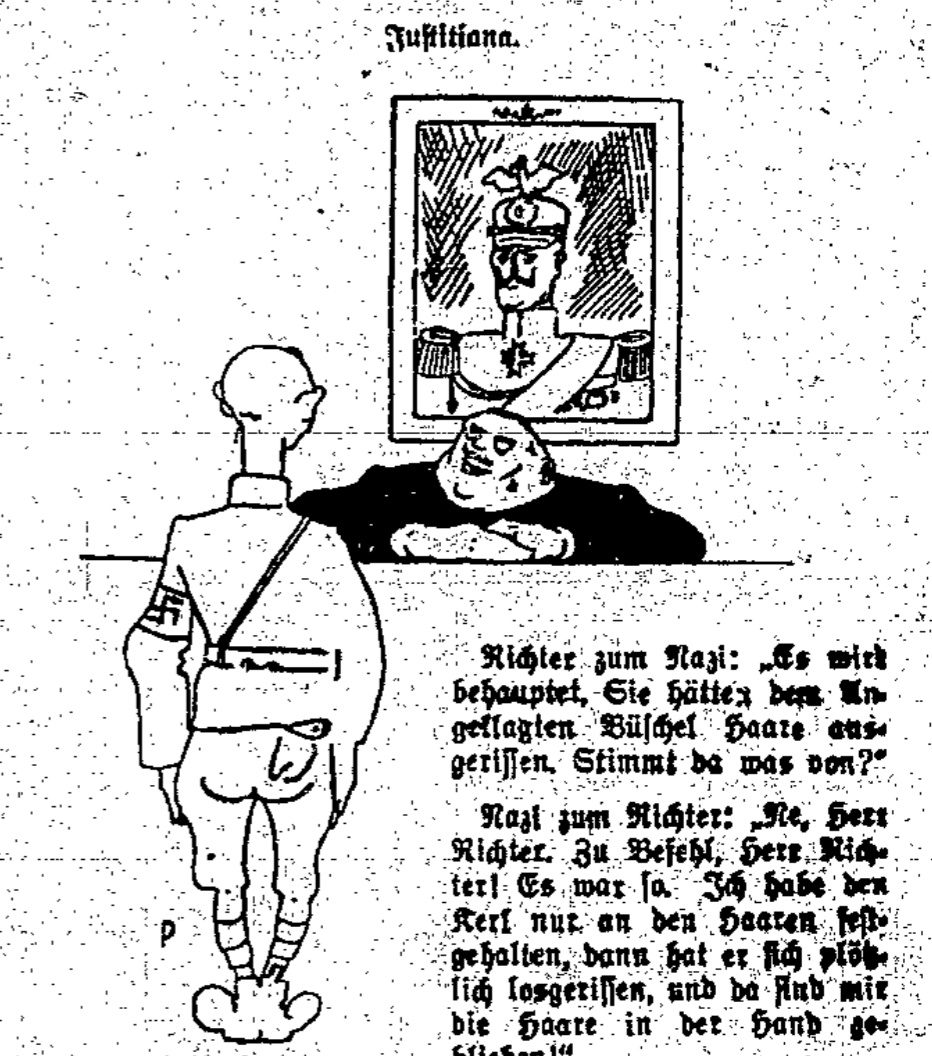
Er weiß Beschrieb.
Rath. Beherren: „Wie kommt eigen... in's Haus, wenn er die Kinder bringt?“
Friedrich: „Im Koffer der Schwammel“

Die Ableitung.
„Von welchem Wort ist eigenlich „Witzler“ abgeleitet?“
„Von Sessell!“
„Wieso?“
„Mein-ist-er!“

Auch richtig!
Lehrer: „Also, Tradition ist das, was vom Vater auf den Sohn übergeht. Wer nimmt mir jetzt ein Beispiel?“
Schüler: „Die Hosen. Herr Lehrer!“

Des Spielers Wunsch.
„Meine Frau wiegt 80 Pfund, sie fährt jedes Jahr nach Karlsbad und nimmt acht Pfund ab; in zehn Jahren bin ich sie los.“
Kunststück.
Dem Sonntagsspieler hatten seine Saufkumpanten statt des gekauften Hases eine tote Kase in den Kasten gesteckt.
Frau: „Wer mein, was hast du denn heute mitgebracht? Eine Kase?“
Sonntagsspieler: „Dann war der Hase ein Verwandlungskünstler, solche Sorte gibts bestimmt!“

Auf dem Dache.
Krg. zu Frau Rampich, deren Mann ein Dilettum befallen hat: „Wenn sich sein Zustand nicht ändert, dann kommen Sie sofort zu mir!“
Frau Rampich schellt nach einer halben Stunde beim Arzt an: „Nay, eine Aenderung?“
Frau R.: „Ja, Herr Doktor, er ist auf der Dachstuhl!“



Richter zum Nazi: „Es wird behauptet, Sie hätten dem Angeklagten Büffelhaare ausgerissen. Stimmt da was von?“
Nazi zum Richter: „Ne, Herr Richter. Zu Befehl, Herr Richter! Es war so. Ich habe den Kerl nur an den Haaren festgehalten, dann hat er sich plötzlich losgerissen, und da stand die Haare in der Hand geblieben!“

Richter zum Nazi: „Aha, das ist was anderes. Dann können Sie gehen!“

Tüchtig.
„Heute war ich beim Arzt wegen meiner Gedächtnisschwäche.“
„Hat er was verordnet?“
„Nein. Nur das Honorar im voraus verlangt.“

Biliges Hotel.
„Was kostet bei Ihnen ein Zimmer pro Tag?“
„Im ersten Stock 15 Mark. Jede weitere Etage fünf Mark weniger.“
„Dann möchte ich ein Zimmer im vierten Stock!“

Der Sternrunder.
Nichte, Dorfgendarm, fortliche betrunken heim und bewundert die Sterne. Auf einmal prallt er gegen einen Telegraphenmast.
„Donnerwetter!“, rief sich B. die Stirn auf Nase, „Nunger die Dinge aber tiff!“

Fache Die behagliche Gaststätte

Eigene Likörfabrik * Wurstfabrik * Bäckerei

Besonders billige Preisangebote!

Teppich-

Möbelstoffe, Stores, Gardinen, Läufer, Tisch- und Divan-Decken, Perser-Teppiche und -Brücken, Dekorationen, Auto- und Reise-Decken, Spezialhaus erdölen Süss, Breslau, Schweidnitzer Straße 1, Ecke Ring, Eingang Ring 26, Goldenen Becher.

MARTIN

Damen-Sohlen bis Größe 35 Mk. 1.70
 39 " 2.00
 42 " 2.20
 Herren-Abätze von 40-50 Pfennig
 Herren-Sohlen bis Größe 39 Mk. 2.20
 42 " 2.40
 45 " 2.60
 Herren-Abätze von 0.55-1.00 Mk.
 Ego und genäht 40 Pf. mehr
 Überzieh-Reparatur billigst
C. Koenig, Breslau, Sabitzstr. 21
 Vorzeiger erhält 5% Rabatt

Bettfedern fertige Federn gute Qualität Pfund 1.50, 1.80 usw. 75 J
 1 Deckb., 2 Klassen 16.75
 5.50, 20.50
Dukas Daunenn., prima Pfund von 6.00 an
 Täglich moderne Bettfedern-Reinigung!
 Neueborstr. 2, Ecke Gartenstr. Kostenloser Abholung und Rücksendung in 1 Tagel
 Telefon 305 71

Zur Erhaltung körperlicher und geistiger Gesundheit

empfehle ich dem gesundheitsliebenden Publikum meine in Millionen Familien belteus eingeführt, beliebt u. berühmten echt homöopathischen und kosmetischen Erzeugnisse als

- 3 Cannelnadel-Seife
- 3 Cannelnadel-Oel
- 3 Cannelnadel-Massage-Oel
- 3 Cannelnadel-Badefalz
- 3 Cannelnadel-Kopfwalchpulv.
- Birken- und Brennessel-Wasser

E. Buchmann, Breslau VI Aisenstraße 33, I. Etg.

Sonder-Angebot



Pelz-Schuhe

mit molligem, weißem Futter, der ideale Schuh für kalte Tage. Braun mit amerik. Absatz. Lack mit geschweiftem Absatz. Größe 36 bis 39

6.90

Klausner Schuh-Elage

Ring 22 1.-5. Stock Fahrstuhl

Böhmische Bettfedern

aus erster Hand
 1 Pfund graue Mt. 0.80
 1. —, hell, gefüll. Mt. 1.75, 2. —, gefüll. Mt. 2.75, 4. —, Halbstaum-Gewissfedern Mt. 5. —, 5.50, 6.25, 1 Pfund Ruppfedern, ungeschliff. Halbweisse Mt. 2.25, weiße Mt. 4. —, allerfeinste Mt. 5.25, zuftreit geg. Plüsch, von 8 Pfund aufwärts feanta. Nichtpass, umgetauscht od. Geld zurück. Muster umsonst.
Max Steiner, Riatton 444 (Böhmen).

Tourenrad m. pr. Freilauf 30. — Mk.
 Extra starke Torpedo Lampen 4.75 Mk.
 Wimpel u. Glöckchen mit 4-wiel-Stern
 Fahrrad., Eximius Reuschstr. 28
 Reparaturwerkstatt Besondere Zeitabkling

Eigene Groß-Fabrikation
Lederjachen
 Qualität und staudend billig Bitte auf den Namen zu achten
Rolf
 Breslau, Neue Taschenstr. 23
 vom Hauptbahnhof rechte Seite

Möbel
 Schlaf-, Speisezimmer, Wohnzimmer, Küchen usw.
Kredit
 auch Einzelmöbel, Schränke, Vertikoz, Bettstellen etc. zu niedrigsten Preisen.
Karlunky & Co.
 Rosenthalerstr. 2, I. Ecke Matthiasstrasse

Trinkt Milch
 von der Gottenberger Molkerei
G. Müller
 Gottenberg Schützenstraße 8

Inserate
 haben in unserer Zeitung **Guten Erfolg**

Strümpfe / Handschuhe Ernst Fuchs
Wäsche / Trikotagen Ernst Fuchs
Kurzwaren / Handarbeiten Ernst Fuchs
 Inhaber K. Nothenberg
 Schweidnitz, Lang-, Ecke Croischstrasse 5%, eigene Rabattmarken

Geld auf Pländer leiht
H. Janowsky
 Pfandleihgeschäft
 Schweidnitz Margaretenstr. 5 2. Etage
 Billige Gelegenheitskäufe

Otto Langner
 empfiehlt seine Biergroßhandlung u. Mineralwasserfabrik
 Schweidnitz, Karlstr. 2

Sie decken Ihren Bedarf in Kurz-, Weiß- u. Wollwaren vorteilhaft im Exportmentslager
Karl Brendel
 Gottesberg, Markt 12

Bäckerei und Konditorei empfiehlt **Peter Kloss**
 Liegnitz, Georgenstrasse 17

Landstron-Bier
 IMMER EINGENUSS

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
Karl Burkert
 Schweidnitz, Münzstrasse 8

Möbel
 Schlafzimmer - Speisezimmer, Herrenzimmer - Mod. Küchen Einzelne Möbel reell und preiswert
G. Thiemt, Inh. Fr. Franke
 Gottesberg, Fürstensteiner Str. 19

Hirschberg im Riesengebirge
 Geöffnet sind Sonntag, d. 3. November, die Elisabeth-Apotheke, Schmiedeberger Straße Nr. 3, und die Greif-Apotheke, Außere Düppstraße 18.
 Diese versehen bis Sonnabend, den 9. November, früh, den Nachdienst.

Denken Sie einmal darüber nach:

Kolonialwaren - Südfrüchte Konserven - Weine
Georg Heimann
 Schweidnitz, Markt 15

Damen- und Herrensalon
 empfiehlt sich zu allen Festlichkeiten
H. Oeffler, Gottesberg
 Ring 11

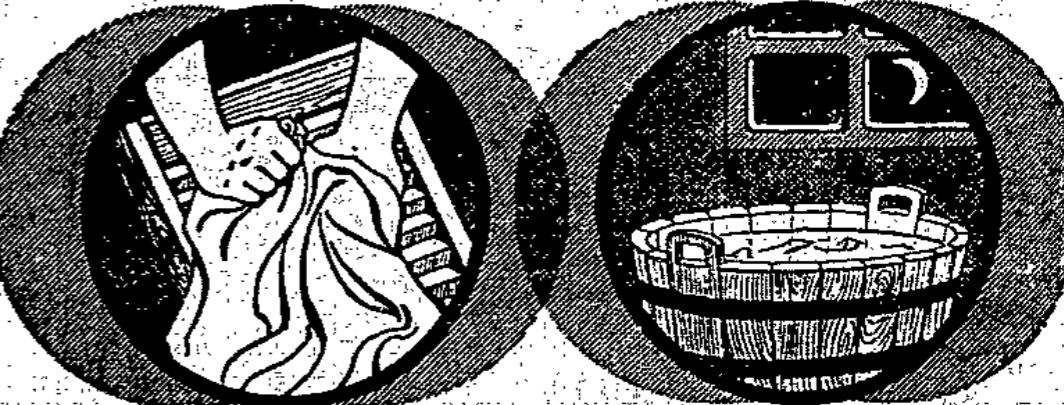
Kolonialwaren / Südfrüchte Konserven / Weine
Martin Scheuer
 Bolkenhain, Kramstr. 24

ist das besser? — oder das?

Damen- und Herrenhüte
 in großer Auswahl in der Hutfabrik
P. Gruber, Schweidnitz, Hobstr. 15
 Ständiges Lager in Trauerhüten Vor jeder dieser Hutarten erhalten 5% Rabatt bis 30. November 1929

Eduard Goersch
 Gottesberg in Schlesien Buchbinderei Papier- u. Schreibwaren Büro-, Schul-Artikel

Motorräder **Fahrräder** **Nähmaschinen** Reparatur-Werkstatt
Max Fredrick, Jauer



Hier wird die Wäsche mühevoll mit Reibstein und Bürste behandelt. Die Wäsche leidet, der Körper leidet.
 Hier lockert Henko-Bleichsoda über Nacht den Schmutz von der Wäsche, ohne Reiben, ohne Bürsten. Also: Wäscheschonung und Körperchonung!

Weichen Sie die Wäsche mit Henko ein!

Dann wissen Sie, was besser ist.

Georg Solinski
 Schweidnitz, Langstraße 31
 Damen- und Herren-Friseur-Salon
 Spezialität: Moderne Barbierpflege

Am vorteilhaftesten kaufen Sie **Lebensmittel** bei **Herrn Witwer**
 Gottesberg, Schützenstraße 47

Kurz-, Weiß-, Wollwaren, Arbeitergarderobe Helene Siebert, Petersdorf Rsg. 225

Weinberg, Briesg
 Verkehrslokal sämtl. Arbeiter!

Henko Henkel's Wasch- und Bleichsoda